

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Kaum hatten Kurt Beck und Horst Seehofer sich bereit erklärt, den Vermittlungsausschuss nochmals anzurufen, ging es los: „die Frauen haben versagt, jetzt müssen es doch die Männer richten“. Welch eine Scheinheiligkeit! Die Regierungsparteien haben die Verhandlungen platzen lassen. Die Länderchefs – nicht nur Männer – gaben der Vernunft eine Chance. Übrigens: die Rede Schwesigs war alles andere ein Zeugnis des Versagens!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist nicht nur bundespolitisch von überragender Bedeutung. Auch in den Ländern gilt es der Fehlentwicklung der Leiharbeit Einhalt zu gebieten, Sie ist zum Instrument von Lohndumping verkommen. geworden. Die Antworten sind **Mindestlohn** und **Tariftreuegesetz**. Angesichts der Freigabe der Dienstleistungsrichtlinie durch die EU ab 01.05.2011 werden die o. g. Antworten noch bedeutender.

Der Grundsatz **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** nützt auch der Gleichstellung. Die meisten Frauen können gut nachfühlen wie man sich fühlt niedrigere Löhne als andere zu bekommen. Ohne Leiharbeiterinnen zu sein, hatten sie zumindest in der Lohnhöhe ähnlich menschenunwürdige Bedingungen.

Der Wiederaufstieg der SPD in Hamburg lässt uns in allen Bundesländern, in denen Wahlen anstehen, hoffen, dass wir in Baden-Württemberg die alt und müde gewordene CDU am 27. März ablösen können. Eine CDU, die Oberschwaben und die Bodenseeregion bislang vernachlässigt hat: „die wählen uns ja sowieso“, tut Erstaunliches, sie entdeckt die Region neu und verteilt Wohltaten (die viel zu spät kommen) – der „Wahlspeck“ riecht ranzig! Er zeigt aber, dass die „Gutsherren“ Angst bekommen.

Der Herr Müller, weiland Staatssekretär und Minister, spielt seit Jahren ein übles Spiel: Straßenbaumaßnahmen werden im vordringlichen Bedarf vorgehalten. So wird dann der Eindruck erweckt, dass demnächst auch tatsächlich gebaut werde. Da-nach wird behauptet, der Bund sei schuld, da er ungerecht priorisiere. Der zuständige Minister ist von der CSU!

Wählen gehen – SPD wählen!

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

**Karl-Heinz König, Willi Bernhard**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Führungspositionen weiter fest in Männerhand - Kristina Schröder - Die Frau, die sich nicht traut	2- 3
- „Merkel will keine Geschlechtergerechtigkeit“ - Ohne Gleichstellung kein Fortschritt! - <b>EU: Quo Vadis?</b>	3- 6
- "Nachhaltiges Modernisierungsprogramm für Europa statt Strangulationspakt!"	6- 7
- SPD und Grüne reichen Antragsschrift beim Staatsgerichtshof ein	7- 9
- <b>SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller:</b> „Mappus muss zeigen, dass er Dumpinglöhne verhindern will“ - Wie sieht die Schule der Zukunft aus? - Podiumsdiskussion zur Bildungspolitik mit den Landtagskandidaten in Oberteuringen	9-11
- Bürgerempfang der SPD- Landtagsfraktion im GZH Friedrichshafen	11-13
- Jusos Bodenseekreis mit neuer Webadresse	13
- Termine im Bodenseekreis	13-14
- <b>SBI: SP Kanton SG: 150 Komiteemitglieder sagen Nein zur Zweiklassenschule</b>	15
- Das Volk will keine Zweiklassenschule	15-16
- Nein zum Abbruch des Kantons St. Gallen!	16-17
- Medienkonferenz Komitee - Gleichstellung jetzt! - Das grosse Aufräumen...	17-19
- <b>SP Kanton Thurgau: Ja zu Sport an Berufsschulen - SPÖ Vorarlberg: ÖVP stimmt SPÖ-Anträgen zu!</b> - Kaffeekränzle der SPÖ-Frauen - NEIN zur Atomkraft!	19-20
- Wegfall des Alleinverdienerabsetzbetrages ist unsozial - Vorarlberger schneiden in PISA-Studie schlechter ab	20-21
- <b>SPD Kreis BC und Martin Gerster:</b> Martin Gerster übergibt offenen Brief an Fraktionschef Steinmeier	21-22
- „Leiharbeit ist ein Riesenproblem und muss eingedämmt werden“ - Bund trägt Kosten einer höheren Eisenbahnbrücke	22-23
- Thorsten Schäfer-Gümbel in Laupheim	23
- <b>BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau:</b> SPD lässt nicht locker, fordert Aufklärung durch bayerischen Finanzminister	23-24
- 1. SPD-Energiekonferenz Allgäu ein voller Erfolg	24-25
- <b>KV Ulm und Hilde Mattheis:</b> Wohnungsbau ist nicht nur Aufgabe der Stadt!	25
- Ohne konkreten Abzugsplan keine Zustimmung zum Mandat! - Meine Argumente gegen die Verlängerung des Mandats 2011	25-27
- Es darf in der Pflege keine 2-Klassen geben	
- Scheitern der Regelsatz-Verhandlungen ist ein Skandal - Brief von MdB Thomas Oppermann – Rede von Manuela (11.02.)	
- Schwesig zur Sitzung des Bundestages	27-29
- Newsletter SPD-Landtagsfraktion Ba-WÜ	30-31
- Pflegende Angehörige wirklich entlasten!	31
- Einladung 28.02. – Konstanz	32
- Impressum	33

## Führungspositionen weiter fest in Männerhand

### *Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten nur marginal gestiegen*

In den Aufsichtsräten und Vorständen in Deutschland gibt es weiterhin kaum Frauen. Mehr als 90 Prozent der 100 größten Unternehmen haben nicht eine einzige Frau im Vorstand. Nach dem heute veröffentlichten DIW-Managerinnen-Barometer lag der Frauenanteil 2010 in den Vorständen der Top-200-Unternehmen bei 3,2 Prozent, in den größten 100 sowie den DAX30-Unternehmen sogar bei mageren 2,2 Prozent. „Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass freiwillige Selbstverpflichtungen wie bisher nicht reichen“, sagte DIW-Expertin Elke Holst bei der Vorstellung des DIW-Managerinnen-Barometers. „Wenn die Unternehmen den Frauenanteil in Führungspositionen signifikant steigern wollen, sollten sie sich verbindliche Zielgrößen geben und diese innerhalb fester Zeitrahmen umsetzen.“

Die neuen Zahlen des DIW Berlin zeigen, dass der Männeranteil in den Vorständen der 200 größten Unternehmen in Deutschland (außerhalb der Finanzbranche) überwältigend ist. Inwieweit ein Rückgang um zwei Prozentpunkte auf 96,8 Prozent in den vergangenen fünf Jahren Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation geben kann, bleibt abzuwarten. „Die Unternehmen haben sich schon 2001 für mehr Frauen in Führungspositionen ausgesprochen“, erinnert Elke Holst. „Angesichts dieser Versprechen ist ein Plus von 18 Sitzen gegenüber 2006 schlicht zu wenig.“ 877 von 906 Vorstandsposten in den großen 200 Unternehmen werden von Männern besetzt.

### **Banken lassen Chancen ungenutzt**

Trübe sieht es für Frauen laut DIW-Managerinnen-Barometer in der Finanzbranche aus. Dort sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen. Bei Banken und Sparkassen war es im Rahmen der Finanzkrise zu massiven Umwälzungen in den Vorständen und Aufsichtsräten gekommen – die Hoffnung, dass sich dadurch auch der Frauenanteil erhöht, hat sich aber nicht erfüllt: Der Frauenanteil in den Vorständen liegt hier bei 2,9 Prozent und damit nur 0,4 Prozentpunkte höher als 2006, bei den Versicherungen befindet er mit 2,5 Prozent auf dem Ausgangsniveau von 2006. 90 der 100 größten Banken und Sparkassen in Deutschland haben reine Männervorstände, auch bei den Versicherungen sind es mehr als 80 Prozent.

Nur ein einziges Finanzinstitut in Deutschland, die Hypo Real Estate, hat seit Mai 2010 eine weibliche Vorstandsvorsitzende. Der Grund für die Marginalisierung von Frauen liegt für Elke Holst in der Unternehmenskultur: „Sehr lange Arbeitszeiten und

die Aufopferung für den Betrieb werden meist als wichtiges Qualifikationsmerkmal für Führungskräfte angesehen“. Das sei nicht nur für Frauen ein Problem – auch Männer, die sich neben der Arbeit um ihre Familie kümmern wollen, kämen in einer solchen Unternehmenskultur nicht weit.

### **Frauen in Aufsichtsräten – meist Arbeitnehmervertreterinnen**

In den Aufsichtsräten gibt es auf den ersten Blick mehr Frauen als in den Vorständen: Immerhin 10,6 Prozent der Aufsichtsratsposten in den Top-200-Unternehmen sind in Frauenhand. Der Grund dafür sind die Mitbestimmungsregelungen, erklärte Elke Holst: „Mehr als 70 Prozent der Frauen in Aufsichtsräten sind Arbeitnehmervertreterinnen.“ Nur zwei der 200 größten Unternehmen haben eine Aufsichtsratsvorsitzende: Henkel und die Würth-Gruppe – in beiden Fällen stammen die Vorsitzenden aus der Eigentümerfamilie der Unternehmen. In den Banken und Sparkassen ist der Frauenanteil in den Aufsichtsräten mit 16,3 Prozent am höchsten, dabei spielt es praktisch keine Rolle, ob das Haus öffentlich-rechtlich oder privat ist.

### **Internationaler Vergleich: Deutschland schlechter als China, Brasilien und Russland**

Im EU-Vergleich liegt Deutschland beim Frauenanteil in den Aufsichtsräten aufgrund der Mitbestimmungsregelungen im Mittelfeld. Bei den Vorständen sieht es hingegen besonders düster aus: Schweden, Frankreich und die USA, aber auch China, Brasilien und Russland: In allen diesen Ländern finden sich mehr Frauen in Vorstandsposten als in Deutschland.

„Am besten wäre es, wenn die Unternehmen selbst mehr Frauen in Führungspositionen berufen“, so Elke Holst. Dies sei in deren eigenem Interesse – denn Studien zeigen, dass mehr Frauen an der Spitze sich auch für das Unternehmen rechnen. Zudem dürfte die öffentliche Zustimmung zu einer gesetzlich festgelegten Quote wachsen, solange die Unternehmen nicht selber für mehr Frauen in Spitzengremien sorgen. „Lippenbekenntnisse und unverbindliche Absichtserklärung reichen nicht mehr aus“, sagte Holst. „Die Unternehmen sind gut beraten sich quantifizierte Ziele zu geben und sie zügig umzusetzen.“

### **DIW-Managerinnen-Barometer**

Das DIW-Managerinnen-Barometer beobachtet die Trends bei der Besetzung von Spitzenpositionen in großen deutschen Unternehmen durch Frauen und Männer. Seit 2006 wird dazu einmal jährlich die Anzahl der Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten der 200 größten deutschen Unternehmen ausgewertet. Zusätzlich wird die Entwicklung im

Finanzsektor, also bei den 100 größten Banken und Versicherungen erfasst. Zudem werden Sonderauswertungen zu den DAX-30-Unternehmen und Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft in diesem Jahr präsentiert.

**Privatdozentin (pd) Dr. Elke Holst, Economist**  
über: **Britta Erfmann, SPD-Parteivorstand**  
**Referat Frauen / ASF**

### **Ferner:**

## **Kristina Schröder - Die Frau, die sich nicht traut**

*Zu den heutigen Vorschlägen der Bundesministerin Kristina Schröder für eine „Pflicht zur Selbstverpflichtung“ und eine „Flexiquote“ für Frauen in Führungspositionen erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) **Elke Ferner**:*

Kristina Schröders Naivität ist kaum zu überbieten. Ihr Vorschlag für eine sogenannte Flexiquote ist kein Mittel zur Frauenförderung, sondern eine Beruhigungsspielle für die deutschen Unternehmen. Die können bei ihrer bisherigen Blockadehaltung bleiben oder sich ein paar Alibi-Frauen zulegen, damit sie nicht ganz so ignorant da stehen.

Anstatt der jungen, gut ausgebildeten Frauengeneration den Weg nach oben zu ebnet, überlässt Frau Schröder es den Männerseilschaften, selbst zu entscheiden, ob und wie viele Frauen in die Führungspositionen hinein dürfen. Bei 30 Prozent soll dann ohnehin Schluss sein mit der Verpflichtung.

Ohne gesetzliche und verbindliche Regelungen geht es nicht. Wer das nicht begreift, ist fehl am Platz. Frau Schröder sollte endlich anfangen, ihr Amt als Frauenministerin wahrzunehmen - damit nicht noch eine weitere gut ausgebildete Frauengeneration das Nachsehen hat.

28.01.2011

SPD-Presseservice

## **„Merkel will keine Geschlechtergerechtigkeit“**

[Rainer Vogt](#), Redakteur im Team des SPD-Newsdesks

**Nach einer hitzigen Debatte innerhalb der Regierungskoalition hat Bundeskanzlerin Merkel der Frauenquote nun eine Absage erteilt. „Dieser Regierung genügen wenige Frauen in Spitzenpositionen“, kritisiert die SPD-Politikerin Elke Ferner. Die Sozialdemokraten treten seit Jahren für mehr weibliche Führungskräfte ein.**

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ein Machtwort gesprochen: Ihr „Nein“ zur Frauenquote stärkt Familienministerin Kristina Schröder (CDU) den Rücken und schwächt die umtriebige Arbeitsminis-

terin Ursula von der Leyen (CDU). Doch diese Entscheidung ist mehr als ein Richterspruch in einem innerparteilichen Streit, es ist „eine Enttäuschung für alle Frauen“, so wird die „Bild“-Zeitung morgen Hannelore Kraft, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, zitieren.

Für spd.de erklärt Elke Ferner, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), im Interview, was hinter der Entscheidung von Kanzlerin Merkel steckt, warum die Wirtschaft keine zweite Chance für eine Selbstverpflichtung verdient hat und welche Chancen in einer Quotenregelung stecken – für Frauen und für Unternehmen.

**spd.de: Angela Merkel hat sich gestern gegen eine gesetzliche Frauenquote ausgesprochen. Haben Lobbyisten und Kabinettskollegen sie dazu gedrängt?**

Elke Ferner: In erster Linie trägt Angela Merkel selbst die Verantwortung. Sie gibt als Kanzlerin die Richtlinien vor. Sie kann sich nicht darauf zurückziehen, dass der Koalitionspartner nicht mitmachen will. Wenn Frau etwas will, dann muss sie auch dafür kämpfen. Doch das ist aber nie ihre Stärke gewesen, sie laviert sich ja eher durch. Es reicht ihr offenkundig aus, dass es einige wenige Frauen an der Spitze gibt und es nicht mehr werden.

**Das klingt sehr pessimistisch.**

Es macht auf jeden Fall deutlich, dass die Kanzlerin und diese Regierung keine Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft herstellen wollen.

**Arbeitsministerin Ursula von der Leyen ist eine Parteikollegin von Angela Merkel. Sie hat sich in den letzten Tagen mit einer Quotenforderung weit aus dem Fenster gelehnt. Was bedeutet die Entscheidung der Kanzlerin für sie?**

Das ist eine Klatsche für Frau von der Leyen. Sie wagt immer dann etwas, wenn sie anderen gute Ratschläge erteilen kann, doch da, wo sie selber etwas tun könnte, passiert nichts. Zum Beispiel beim Thema „Mindestlohn“, von dem insbesondere Frauen profitieren würden oder beim Thema „Entgeltgleichheit“ – nichts Konstruktives von ihr dazu.

**Was spricht gegen eine freiwillige Selbstverpflichtung?**

Dass dieser Weg gescheitert ist. Das kann jeder sehen, der sich die Zahlen nur mal anschaut. Die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft hat überhaupt nichts gebracht. Ihr eine zweite Chance zu geben, nachdem sie die erste geradezu aktiv boykottiert hat, ist eigentlich ein Witz.

**Ist denn die Quote ausschließlich ein Mittel, um Gerechtigkeit herzustellen?**

Nicht nur, denn gemischte Teams sorgen für Qualitäts-, Effizienz- und Produktivitätssteigerung, das hat uns das Beispiel Norwegen gezeigt. Mehr Frauen in Führungspositionen lohnt sich für die Wirtschaft. Deshalb muss die Vielfalt auch im Interesse der Unternehmen sein.

**Was sagen Sie Konzernen, zum Beispiel aus der Automobilindustrie, die als Argument dagegen halten, dass es in ihrem Bereich nicht genügend Frauen geben würde, die für eine Erfüllung der Quote zur Verfügung stehen?**

Das stimmt ja nicht. Es gibt in jedem Unternehmen auch Vorstände, die für Finanzen oder Personal zuständig sind. Da gibt es zuhauf hochqualifizierte Frauen, die durchaus auch in der Lage wären, in einem großen Automobilkonzern Verantwortung zu tragen. Wahrscheinlich würde es mit einer solchen Regelung auch mehr Technikerinnen geben, weil sie wüssten, dass ihnen der Weg nach oben nicht versperrt ist.

**Wie kann ich verhindern, dass sich eine Frau bei einer Quotenregelung nicht als Quotenfrau fühlt?**

Ich weiß gar nicht, ob das so schlimm ist, diesen Stempel zu tragen. Die Männer stören sich an ihrem Stempel „Boygroup“ offenkundig überhaupt nicht. Frauen müssen sich bewusst machen, dass diejenigen unter ihnen, die es heute bis in die Spitze geschafft haben, immer deutlich besser sein mussten, als ihre männlichen Kollegen, um überhaupt eine Chance zu bekommen. Die Quotenregelung macht ja nichts anderes, als den Frauen überhaupt die gleichen Chancen zu verschaffen.

**Wie müsste ich mir eine Stellenausschreibung für einen Vorstandsposten bei einer Quotenregelung vorstellen?**

Es ist ja so, dass solche Positionen gar nicht ausgeschrieben werden. Es gibt keine Stellenanzeigen in Zeitungen. Headhunter werden beauftragt - und da funktionieren dann wieder die Männerseilschaften. Frauen werden nur selten gesucht und kommen noch seltener in die engere Wahl. Das würde sich mit einer Quote ändern.

• 03. Februar 2011

[Rainer Vogt](#),

Redakteur im Team des SPD-Newsdesks

**100 Jahre Frauentag 1911-2011**

**Ohne Gleichstellung kein Fortschritt!**

Das saß: Es handele sich um „die wichtigste Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau,

*die die Welt bis jetzt gesehen hat.*“, schrieb die Sozialdemokratin Clara Zetkin 1911 in der SPD-Frauenzeitung Die Gleichheit. Die Frauenrechtlerin hatte den Stein für den Internationalen Frauentag ins Rollen gebracht. Eine Million Frauen gingen auf die Straße – für damalige Verhältnisse eine unfassbar große Zahl. Sieben Jahre später führte die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht ein.

Viele Namen der Wegbereiterinnen sind vergessen. Aber nicht das, was sie geschafft haben. Denn wir sind auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern weit voran gekommen.

Frauen haben selbstverständliche Rechte immer hart erkämpfen müssen. Von allein ging nichts. Bis 1977 durften bundesdeutsche Ehemänner sogar entscheiden, ob ihre Frauen arbeiten oder nicht. Eine Gesetzesänderung musste her.

Juristisch sind Frauen und Männer heute gleichgestellt. Nicht aber in der Realität.

Frauen verdienen bei gleichwertiger Tätigkeit 13 Prozent weniger als Männer. Gibt es dafür etwa einen nachvollziehbaren Grund? Und in den Aufsichtsräten sitzen nur 3 Prozent Frauen. Obwohl Frauen bessere Schulabschlüsse machen und häufiger studieren als Männer. Warum sollte sich unsere Gesellschaft das erlauben können?

Frauen müssen daher weiterhin um Selbstverständliches kämpfen. Am besten an der Seite von Männern, die erkannt haben, wie viel Potential unser Land durch die Benachteiligung von Frauen verschwendet.

Tage wie der Internationale Frauentag tragen zu einem Bewusstseinswandel bei. Und diesbezüglich ist schon viel erreicht. Aber ganz ohne Gesetze geht es nicht. Das hat die Erfahrung gezeigt. Wer auf Gutwilligkeit setzt, nimmt Stillstand in Kauf. Daher brauchen wir eine Quote für Frauen und Männer. Mit klaren Regeln und Zielvorgaben. Verbindlich, nicht Wischiwaschi. Im Klartext: Mindestens 40 Prozent Frauen für Aufsichtsräte und Vorstände.

Die Zeit dafür ist reif wie nie zuvor. Selbst die Union diskutiert inzwischen ernsthaft darüber. Also lasst es uns endlich wagen: die verstaubten exklusiven Herrenklüngel aufzumischen. Damit frischer Wind in unser Leben kommt.

Auch deshalb gehen wir wieder raus am Internationalen Frauentag.

**Denn ohne Gleichstellung kein Fortschritt!**

### **26./27. August 1910**

Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen beschließt auf Antrag von Clara Zetkin, Käthe Duncker und anderen, einen Internationalen Frauentag durchzuführen der, wie es hieß „in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient“

### **19. März 1911**

Der Frauentag wird zum ersten Mal in Deutschland und vielen anderen Ländern gefeiert.

### **1918**

Das Frauenwahlrecht wird in Deutschland eingeführt.

### **19. Januar 1918**

Als erste Frau hält die Sozialdemokratin Marie Juchacz eine Rede in einem deutschen Parlament.

### **1921**

Der Internationale Frauentag wird von der 2. kommunistischen Frauenkonferenz auf den 8. März festgelegt.

**1932** angesichts drohender Kriegsgefahr findet der Frauentag sein vorläufiges Ende. Stattdessen werden die Sozialdemokratinnen zum Kampf gegen den Faschismus aufgerufen.

### **1946**

Der Internationale Frauentag wird in der sowjetisch besetzten Zone (spätere DDR) wieder gefeiert.

### **1947**

Der erste Internationale Frauentag in den drei Westzonen Berlins steht unter dem Motto „Frieden und internationale Arbeit“.

### **1949**

Die Sozialdemokratin und „Mutter des Grundgesetzes“, Elisabeth Selbert, setzt die rechtlich uneingeschränkte Gleichberechtigung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland durch.

### **1949**

Mit der Gründung der DDR erhält die Gleichberechtigung von Frauen Verfassungsrang.

**1958** Das Gleichberechtigungsgesetz tritt auch im Ehe- und Familienrecht in Kraft. Das Recht der (Ehe-)Frau auf Erwerbstätigkeit ist davon abhängig, ob sie sie mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbaren kann und ob der Ehemann zustimmt. Per Gesetz wird festgelegt, dass die Frau dafür zuständig ist, den Haushalt zu führen

**1960er** Jahre Der Traditionstag wird aufgegeben. Er gilt als „kommunistischer Feiertag“

**1975** Der Internationale Frauentag wird von den Vereinten Nationen im Rahmen des Internationalen Jahres der Frau begangen.

**1976 / 1977** Mit dem neuen Ehe- und Familienrecht wird die Pflicht der Frauen zur Haushaltsführung gestrichen, das Leitbild der „Hausfrauenehe“ formal aufgehoben.

**1977** Der Internationale Frauentag wird offiziell zum Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden.

**1978** Die Sozialistische Fraueninternationale greift den Gedanken des Frauentages wieder auf.

**1982** Die ASF ruft zum Internationalen Frauentag auf. Eine Veranstaltung in Essen steht unter dem Motto „Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter“

**1988** Der Frauentag steht ganz im Zeichen der Debatten um ein neues SPD-Grundsatzprogramm. Im gleichen Jahr beschließt der SPD-Parteitag in Münster die Quote.

**1989** Friedliche Revolution in der DDR

**1990/91** Am 3. Oktober 1990 tritt die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. **1991** feiern Ost- und Westfrauen den Frauentag zum ersten Mal gemeinsam in Berlin.

**1992** steht der Frauentag im Zeichen der Situation der Frauen in den neuen Bundesländern.

**1994** Der Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3 des Grundgesetzes wird durch den Zusatz der Frauenförderung als ein Staatsziel, nach dem die Gleichberechtigung tatsächlich durchgesetzt werden soll, ergänzt.

**2000** Selbstbewusst lautet das ASF-Motto „Frauenpolitik ist innovative Gesellschaftspolitik!“

**2010** „Gleichstellung jetzt!“ fordert die ASF zum Frauentag und verweist auf ihren gleichnamigen „Aktionsplan Gleichstellung jetzt!“

**2011** mit zahlreichen Veranstaltungen erinnern Parteien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Gleichstellungsstellen an 100 Jahre Frauentag

© **Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, 10911 Berlin, Februar 2011**



**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**

### Einheitliche Ansprechpartner:

## Quo Vadis?

### *Dienstleistungsrichtlinie soll konsequent umgesetzt werden.*

Die Einrichtung der einheitlichen Ansprechpartner, die Anerkennung von Berufsqualifikationen und die **Verwaltungszusammenarbeit** in den Mitgliedstaaten stehen im Vordergrund des Berichts zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, den der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz am Mittwoch in Brüssel angenommen hat.

„Ich erkenne zwar an, dass die Mitgliedstaaten viele Anstrengungen unternommen haben, um die sehr komplexe Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin Evelyne Gebhardt. „Dennoch besteht Anlass zur Sorge, dass die in der Richtlinie vorgesehenen einheitlichen Ansprechpartner nicht entsprechend eingerichtet werden“, so die SPD-Abgeordnete weiter.

„Nachdem es dem Europäischen Parlament gelungen war, die Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße zu stellen und dafür zu sorgen, dass die Dienstleister das Recht des Staates, in dem sie arbeiten, respektieren müssen – das sogenannte Ziel-landprinzip –, konnten wir die entscheidenden Vor-

behalte gegenüber der Richtlinie wegräumen. Jetzt ist es aber unerlässlich, den Nutzen der Dienstleistungsrichtlinie auszuschöpfen. Dazu müssen die Mitgliedstaaten die einheitlichen Ansprechpartner so einrichten, dass sie leicht zugänglich, informativ und hilfreich sind. Eine bloße Website reicht da bei weitem nicht aus“, fügte Evelyne Gebhardt hinzu. So sei es notwendig, dass hinter der Website Menschen stehen, die bei Bedarf weiterhelfen können und den Zugang zum europäischen Markt für die Dienstleister ebnet.

Wichtig sei es auch, dass wesentliche Informationen über Arbeitsrecht, Finanzbestimmungen oder Hilfe bei der Anmeldung bei der Sozialversicherung bereitgestellt werden. „Um das zu gewährleisten, ist es unabdingbar, dass die Behörden eng mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten. Denn wir wollen dafür sorgen, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen ein fairer Wettbewerb ist“, so Evelyne Gebhardt.

Damit das Instrument der einheitlichen Ansprechpartner wirksam werden kann, fordert der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine Informationskampagne zu starten, damit die Betroffenen überhaupt erfahren, dass sie diese Partner an ihrer Seite haben.

### Hintergrund:

Die Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG vom 12.12.2006) soll zum Entstehen eines EU-Binnenmarktes auch für Dienstleistungen beitragen, indem insbesondere protektionistische Barrieren abgeschafft und einheitliche Ansprechpartner geschaffen werden, um bürokratische Hürden für transnational agierende Unternehmen abzubauen. Als Berichterstatterin konnte Evelyne Gebhardt deutliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des damaligen EU-Binnenmarkt-Kommissars Bolkestein durchsetzen (insbesondere die Streichung des viel kritisierten Herkunftslandsprinzips). Die Umsetzungsfrist für die Mitgliedstaaten lief am 28.12.2009 aus.

**Brüssel, den 26. Januar 2011**

*Für weitere Informationen: Büro Evelyne Gebhardt*

### Peter SIMON:

## "Nachhaltiges Modernisierungsprogramm für Europa statt Strangulationspakt!"

### **Haushaltskonsolidierung nur verbunden mit konkreten Investitionszielen**

"Merkels Pläne für eine europäische Wirtschaftsregierung folgen dem üblichen Muster. Erst taktiert

sie bis zum letzten Moment und lässt sich so von der Krise treiben, anstatt im deutschen wie auch europäischen Sinne frühzeitig verantwortungsvoll zu handeln. Dann präsentiert die Bundeskanzlerin praktisch im Alleingang ohne direkte Einbeziehung der europäischen Partner und des Bundestages unausgelegene Lösungsvorschläge, die keinen nachhaltigen Weg aus der Krise weisen", so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**. "Einseitige Vorschläge wie Merckels 'Pakt für Wettbewerbsfähigkeit', der allein dem Primat des rigorosen Sparens folgt, greifen viel zu kurz. Europa kann nur gemeinsam und mit einem entschiedenen Modernisierungsprogramm aus der Krise wachsen. Wir brauchen deshalb eine intelligente Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts", fordert das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

"Die Konsolidierung der Haushalte sollte mit den Zielvorgaben der EU2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung verknüpft werden. Wir Sozialdemokraten fordern daher klare Investitionsziele im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung. Damit würde sichergestellt, dass die Euroländer auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Handlungsspielräume für Investitionen haben und nicht gezwungen werden, in Krisen an der falschen Stelle zu sparen", erläutert **Peter SIMON**. Dabei müsse allerdings viel stärker als bisher auf die Qualität der öffentlichen Ausgaben geachtet werden. Aussagefähige Indikatoren sollen frühzeitig nicht nur vor wirtschaftlichen, sondern auch vor sozialen Schief-lagen in Europa warnen. "Der Stabilitätspakt darf nicht zu einem Strangulationspakt verkommen. Europa braucht ebenso dringend neben Stabilität gezielte Wachstumsanreize", so **Peter SIMON** weiter.

Anders als Merkel wollen die Sozialdemokraten ferner die Festlegung und Überwachung der Vorgaben nicht allein dem EU-Ministerrat und der Kommission überlassen. "Das darf auf keinen Fall zu einer rein intergouvernementalen Veranstaltung der Regierungen der Mitgliedsstaaten werden, sondern das Europäische Parlament muss dauerhaft und gleichberechtigt einbezogen werden. Ansonsten bekommen wir ein massives demokratisches Defizit. Die europäische Bevölkerung wird es auf die Dauer nicht hinnehmen, dass wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen, die bislang national gewählten Parlamenten vorbehalten waren, künftig auf europäischer Ebene ohne parlamentarische Einbindung nur zwischen den Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten verhandelt und beschlossen werden", so **Peter SIMON** abschließend.

#### **Hintergrund:**

Im EU-Parlament wird derzeit an sechs Berichten zur wirtschaftlichen Steuerung und Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts gearbeitet. Die Abstimmung im Wirtschafts- und Währungsausschuss

ist für den 19. April 2011 vorgesehen. Das Plenum des Parlaments will sich dann im Juni 2011 mit dem Gesetzespaket befassen.

**Brüssel, 02.02.2011**

**Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, MdEP**

Landtags-  
Fraktion



Im Landtag von  
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis90

Stuttgart, 9. Februar 2011

#### **EnBW-Aktienkauf:**

## **SPD und Grüne reichen Antragsschrift beim Staatsgerichtshof ein**

**SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid:** „Das höchste Gericht im Land wird dem Finanzminister und der Regierung einen Verfassungsverstoß attestieren“

**Grünen-Fraktionschef und Spitzenkandidat Winfried Kretschmann:** „Der Ministerpräsident hat sich kurz vor der Wahl ins rechte Licht rücken wollen – ohne Rücksicht auf die Landesverfassung“

**Verfassungsrechtler Professor Wieland:**

**„Die rechtliche Stellungnahme für die Landesregierung würde ich an einer Universität nicht akzeptieren: Sie hat nicht einmal die Qualität einer Seminararbeit“**

Die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen im Landtag werden heute beim Staatsgerichtshof ihre Antragsschrift in Sachen EnBW-Aktienkauf einreichen. Zuvor geben Nils Schmid, SPD-Spitzenkandidat und Fraktionsvizechef, sowie Winfried Kretschmann, Spitzenkandidat und Fraktionschef der Grünen, die Antragsschrift in einer Pressekonferenz bekannt. Dabei bewertet der Verfassungsrechtler Professor Joachim Wieland auch die „rechtliche Stellungnahme“ der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz vom 15. Dezember 2010, die von der Landesregierung für diesen Vorgang angefordert wurde, als vollkommen unzureichend.

Schmid verbindet mit der Klage ein klares Ziel: „Das höchste Gericht im Land wird dem Finanzminister und der Regierung Mappus attestieren, mit ihrem eigenmächtigen Handeln beim Kauf der Unternehmensanteile das Haushaltsrecht des Parlaments verletzt und damit gegen die Verfassung verstoßen zu haben.“ Kretschmann sieht im Handeln der Regierung einen klaren Machtmissbrauch: „Der Ministerpräsident hat sich kurz vor der Wahl durch das Geschäft ins rechte Licht rücken wollen – ohne Rücksicht auf die Landesverfassung und auf das Parlament als Haushaltsgesetzgeber.“ Beide Politiker hoffen auf eine baldige mündliche Verhandlung

vor dem Staatsgerichtshof, wobei ein Termin noch vor der Wahl sehr unwahrscheinlich sei.

Nils Schmid, selbst promovierter Jurist, betont grundsätzlich den Stellenwert des Haushaltsrechts für ein Parlament: „Im Interesse einer geordneten Haushaltsführung in einem demokratischen Gemeinwesen kommt dem Parlament das Budgetrecht zu – das sogenannte Königsrecht des Parlaments.“ Hiervon seien nur wenige Ausnahmen geregelt, wie zum Beispiel das Notbewilligungsrecht, das in Fällen von Naturkatastrophen und Unglücken dem Finanzminister die Möglichkeit einräumt, über- und außerplanmäßige Ausgaben zu tätigen. „Es ist untragbar, dass sich ein Ministerpräsident selbstherrlich über unsere Verfassung stellt, den Finanzminister instrumentalisiert und ein Recht für Notfälle missbraucht, um ein Wahlkampfmanöver zu inszenieren“, empört sich Schmid.

Kretschmann greift die Widersprüche auf, in die sich die Regierung in den vergangenen Tagen verstrickt hatte: „Zur Frage der rechtlichen Beratung sprach der Ministerpräsident zu-nächst von einem verfassungsrechtlichen Gutachten, daraus wurden im Schreiben seines Staatsministers dann interne Memos und aus denen wurde dann ein mündliches Gutachten.“ Genauso widersprüchlich seien die Angaben über die Information des Finanzministers, der ausweislich der Verfassung im Falle der Notbewilligung der Herr des Verfahrens ist. „Im Plenum erklärte der Ministerpräsident, dass das Finanzministerium das Geschäft geprüft habe. Später werden in der Presse Koalitionskreise zitiert, wonach der Finanzminister erst wenige Stunden vor Vertragsunterzeichnung vom Ministerpräsidenten informiert wurde“, zeichnet der Grüne die jüngsten Entwicklungen nach. Mappus habe sich erst gestern geweigert, die Frage zu beantworten, wann der zuständige Minister Stächele informiert worden ist.

#### **Antragsschrift: Vorgehen nicht „unabweisbar“**

Die Antragsschrift wurde erstellt von Professor Martin Morlok von der Universität Düsseldorf, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtssoziologie, sowie von Professor Joachim Wieland von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Wieland sowie der wissenschaftliche Mitarbeiter Dr. Sebastian Roßner als Vertreter von Professor Morlok unterstreichen, dass bei der Klage neben der Betonung des Haushaltsrechts in den Händen des Parlaments das Hauptaugenmerk auf der Frage nach der Unvorhersehbarkeit und Unabweisbarkeit der Ausgabe liege. Nach Artikel 81 der Landesverfassung ist vorgesehen, dass der Finanzminister „im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses“ eine Zustimmung zu einem Vorgang erteilen kann.

**Unvorhersehbarkeit:** „Es ist für uns kaum vorstellbar, dass die Landesregierung zum Zeitpunkt des letzten Haushaltsbeschlusses im Juli 2010 noch nicht bemerkt hatte, dass die Aktionärsvereinbarung bei der EnBW zum Ende des Jahres auslaufen und das Land hier zumindest ein Kaufinteresse haben würde“, sagte Roßner.

**Unabweisbarkeit:** Wieland betont, dass es auf jeden Fall an der für das Notbewilligungsrecht erforderlichen Unabweisbarkeit fehle: „Zum einen begründet eine – zumal fragliche – Gewinnaussicht keine unbedingte Notwendigkeit für eine Ausgabe und zum anderen mangelt es an einer Dringlichkeit, die es tatsächlich unmöglich gemacht hätte, einen Nachtragshaushalt einzubringen.“

Gemäß der geltenden Rechtslage sei der Finanzminister in einem solchen Fall verpflichtet, beim Präsidenten des Landtags anzufragen, ob ein entsprechender Nachtragshaushalt verabschiedet werden könne. „Dies ist im vorliegenden Fall – wie schon vor vier Jahren bei der Privatisierung der Bewährungshilfe – unterblieben“, erläutert Roßner. Dass der Finanzminister womöglich erst Stunden vor dem Vertragsschluss von dem geplanten Verkauf erfuhr, sei durch die Art der Geschäftsführung der Regierung selbst verschuldet und könne daher keine Rolle spielen.

Völlig unverständlich ist es für Wieland, dass der Ministerpräsident die verfassungsrechtlich notwendige Zustimmung des Parlaments zur Verhandlungsmasse mit der EdF machen konnte. „Die Landesverfassung darf niemand zur Disposition stellen – schon gar nicht der Ministerpräsident, der einen Eid auf sie geschworen hat und erst recht nicht, wenn es um einen langfristig planbaren Kauf von Aktien geht“, erklärt Wieland.

Der Versuch des Ministerpräsidenten, den Verfassungsbruch mit kollidierendem Bundesrecht zu rechtfertigen, weist Roßner in der Antragsschrift deutlich zurück. „Die bundesrechtliche Veröffentlichungspflicht des Übernahmeangebots nimmt dem Landtag nicht das Recht, in einem Gesetzgebungsverfahren für einen Nachtragshaushalt die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Aktienkauf zu schaffen“, erläutert er.

#### **Unzureichende „Rechtliche Stellungnahme“ für die Landesregierung**

Der Verfassungsrechtler Professor Joachim Wieland, einer der beiden Autoren der Antragsschrift, bewertet die „rechtliche Stellungnahme“ der Anwaltskanzlei, die von der Landesregierung angefordert wurde, als unzureichend. Er unterstreicht, dass eine mündliche Erstattung eines solchen Gutachtens, die von der Kanzlei nach Angaben von Ministerpräsident Mappus vorgelegt wurde, vollkommen unüblich sei. „Allein schon wegen haftungsrechtlicher Fragen ist es schwer vorstellbar, dass ein solches Gutachten mündlich erstattet werden könnte“,



betont Wieland: „Die Gefahr von Missverständnissen ist hier doch viel zu groß.“

Der Professor hält das sogenannte Gutachten auch inhaltlich für alles andere als überzeugend: „Diese Stellungnahme würde ich an einer Universität nicht akzeptieren: Sie hat nicht einmal die Qualität einer Seminararbeit“, betont Wieland. Ihm fehlt vor allem eine rechtliche Auseinandersetzung der Autoren mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes, der vor rund drei Jahren genau zur Frage des Notbewilligungsrechts eine sorgfältige Entscheidung getroffen habe. „Es kann doch nicht sein, dass Juristen ein solches Urteil vollkommen außer Acht lassen“, erklärt Wieland. Selbst der Umfang der Stellungnahme von fünf Seiten – wobei der größte Teil sich auch noch auf die Beschreibung des Sachverhalts beschränke – sei in keiner Weise nachvollziehbar.

Der Verfassungsrechtler hält es auch für sehr überraschend, dass die Landesregierung ihren eigenen Ministerien offenkundig nicht genügend Sachverstand zutraue, um die rechtlichen Fragen zu prüfen. „Es ist ohne Vorbild, dass eine Landesregierung ihre eigenen Juristen in einer solchen Frage übergeht“, erklärt Wieland.

**Dr. Roland Peter**  
Pressesprecher SPD-Fraktion

**Wolfgang Schmitt**  
Pressesprecher  
Fraktion Grüne



**Zeller begrüßt, dass Kommunen für Umsetzung des Bildungspakets zuständig sein werden:**

**„Mappus muss zeigen, dass er Dumpinglöhne verhindern will“**

Landtagsabgeordneter Norbert Zeller begrüßt, dass bei den bundesweiten Verhandlungen zur Neuordnung von Hartz IV offenbar zwei zentrale Forderungen aus den Landtagsanträgen der SPD-Fraktion Bestandteile des Kompromisses werden. Sicher sei dies jetzt die Zuständigkeit der Kommunen für das Bildungspaket, die die SPD-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche erneut gefordert hatte. „Es ist überaus sinnvoll, dass die Kommunen mit ihrer Erfahrung für die Umsetzung des Bildungspakets zuständig werden – und nicht die Arbeitsagenturen“,

sagt Zeller, der seit vielen Jahren kommunalpolitische Erfahrung auf diesem Gebiet hat. Im Bodenseekreis gibt es ja seit langem das so genannte Optionsmodell, für das sich Zeller als Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Bodenseekreises stark engagiert hatte. Jetzt geltende Regelung sieht vor, dass Langzeitarbeitslose durch Mitarbeiter des Landkreises betreut werden.

Auch beim Mindestlohn in der Leiharbeit zeichne sich eine Einigung ab. Norbert Zeller fordert an den Ministerpräsidenten Mappus gerichtet, sich eindeutig im Bundesrat für diese Lösung auszusprechen und sich in der Landesregierung gegen die FDP durchzusetzen. „Mappus muss endlich zeigen, dass er Dumpinglöhne in den Unternehmen des Landes verhindern will“, fordert Zeller.

27.01.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

## Wie sieht die Schule der Zukunft aus?

Über die Schule der Zukunft sprach der Reformpädagoge Otto Herz, der auf Einladung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des SPD-Abgeordneten Norbert Zeller nach Friedrichshafen gekommen war.



„Wann beginnt eigentlich die Zukunft“, fragte Herz und stellte zwei Thesen aus dem Jahr 2000 in den Raum: „Im Jahr 2020 werden allgemeinbildende Schulen dank Laptop und Handy überflüssig. Dafür gibt es Lernblätter, um der Gefahr in einer Info-Tsunami unterzugehen, zu entkommen“.

Vermutlich werden diese Entwicklungen, ähnlich wie die Erkenntnisse der Bielefelder Laborschule – für die war Herz a b 1970 tätig – ein paar Jahre länger dauern.

„Bereits damals haben wir fünfjährige Kinder aufgenommen, ab dem dritten Schuljahr Englisch gelehrt und bis zum Ende der Sekundarstufe eins alle gemeinsam mit viel individueller Lernförderung unterrichtet“ betont Herz. Bis auf Deutschland und Österreich, die gerade dabei sind, haben alle europäischen Länder dieses Konzept umgesetzt. „Vielleicht schafft es auch Deutschland irgendwann, sich dieser Norm anzuschließen“ so Herz.

Vier Grundformen des Lernens haben die Wissenschaftler herausgefunden: Rückzug in Ruhe am eigenen Schreibtisch, Austausch in der Gruppe, Vortrag im Plenum und Fertigung eines Werkstücks in einem speziellen Raum. „Für das Lernen ist es völlig verrückt, im Schnitt 25 Leute in einem viel zu engen Raum zusammenzupferchen“, so Herz. Auch dies sei bereits 1970 erkannt worden. Auch Klassenarbeiten seien nicht anderes, als „organisierte Fallenstellerei“. Viel sinnvoller seien Problemlösungen im Team. Ein weiterer Aspekt in Herz Vortrag war der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft: „Nirgendwo ist die Koppelung so eng, wie in Deutschland“. Die Ganztageschule hält Herz für richtig, aber nicht als Ausdehnung der Halbtagsschule: „Dies würde das Problem noch verschärfen“.

Den etwa 120 Besuchern, darunter viele Lehrer, empfahl Herz einen Besuch im Friedrichshafer Schulmuseum. Hier werde deutlich, dass Obrigkeiten durch die Schule zu anpassungsbereiten Untertanen kommen wollen. „Dies funktioniert im Grunde noch heute so“. In einer demokratischen Schule der Zukunft müssten im Sinn einer Verantwortungsgemeinschaft Schüler, Eltern, Pädagogen und Partner in Gemeinwesen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Neue Lernfelder, wie „Future Studies“, Übernahme von Verantwortung und eine intensive Beschäftigung mit den Weltreligionen, sieht Herz auf dem Stundenplan von morgen.

24.01.2011

Wilfried Biester

## **Podiumsdiskussion zur Bildungspolitik mit den Landtagskandidaten in Oberteuringen**

Der Stadtteil Bonndorf bei Überlingen scheint schon vorwegzunehmen, was man unter „Länger gemeinsam lernen“ versteht. Martin Hahn von den Grünen und Hans-Peter Wetzel, FDP-Landtagsabgeordneter, sprachen einvernehmlich von einer „tollen Zeit“ in ihrer Jugend, als sie nach der Grundschulzeit noch ein paar Jahre an der Volksschule Bonndorf gemeinsam lernen konnten, ohne Schulbusstress und Cliquesbildungen, weil die einen schon in die Stadt fahren an eine höhere Schule und die anderen (Freunde) noch am Ort zur Schule gehen. Ja, das wärs doch, wenn die weiterführende

Schule im Dorf bleiben könnte. Das war eine der Wünsche, die bei der Podiumsdiskussion der Bildungsgewerkschaft GEW mit den Landtagskandidaten (nur Männer) im Bodenseekreis auf viel Beifall im vollbesetzten Besuchersaal in der Neuen Post in Oberteuringen stießen.

Bei der vom evangelischen Co-Dekan Ulrich Lange souverän moderierten Diskussionsrunde zur Landtagswahl hatten erwartungsgemäß Norbert Zeller und der Kandidat von den Linken, Roberto Salerno, ein Heimspiel, weil ihre Argumente zur Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems und zum individuellen Lernen in der Schule beim Publikum (überwiegend Schulpädagogen) großen Anklang fanden.

Der Grünen-Kandidat Martin Hahn vertrat die bildungspolitischen Thesen seiner Partei (für eine 10-jährige Gemeinschaftsschule) ebenfalls überzeugend, doch hatte er es schwer, als Diplomlandwirt mit allen Verästelungen der Schuldebatte zurecht zu kommen. Da musste er manchmal regelrecht passen. Und die Politiker von der CDU und der FDP? Sie pflegten ihre defensive Spielweise und begnügten sich in ihrer Rolle als Verwalter des herkömmlichen Schulsystems. Somit konnten der CDU-Kreisvorsitzende (früher Gymnasiumsleiter) Lotmar Fritz) und der FDP-Kandidat Wetzel nicht viel punkten. Wetzel schwor auf das bundesweit beste Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1:17 bundesweit, das an den baden-württembergischen Schulen bestehe. Und Fritz beharrte darauf, dass die geringe Jugendarbeitslosigkeit im Ländle ein Beleg dafür sei, dass die Schulen erfolgreiche Arbeit leisten, auch wenn sie in 3 Schularten aufgeteilt sind.

Beiden Politikern ist auch nicht viel eingefallen, wie man Heranwachsenden aus sozial schwachen Familien oder mit Migrantenhintergrund mehr Bildungschancen gewähren könnte. Da reicht es auch nicht aus, den Ausbau der Ganztageschulen an die Wand zu malen, ohne zu ergänzen, was für ein Angebot da die Schüler erwartet. Eine Ganztageschule mit einer Mittagsverpflegung, etwas Tischfußball und dann verlängerter Vormittagsunterricht ist keine gute Ganztageschule. Immerhin: Das „Bildungshaus“ für die frühkindliche Bildung und die Grundschuljahre ist ein erfolgversprechender Ansatz der amtierenden CDU/FDP-Landesregierung in Stuttgart. Und die geplante Streichung von Lehrstellen ist wegen der Landtagswahl auch erst mal vertagt worden von Ministerpräsident Mappus.

Norbert Zeller würde das traditionelle Sitzenbleiben und „Abschulen“ am liebsten abschaffen. Bildungschancen sind Lebenschancen, sagt er, kein Kind darf zurückgelassen werden. Ein Kind aus einer Arbeiter-Familie habe 6,6-mal geringere Chancen, hat man ausgerechnet, das Abitur zu absolvieren, als ein Schüler aus einer Akademikerfamilie. Die SPD-Landtagskandidatin im Wahlkreis Ravensburg,

Christel Ulmer, notierte sich spontan das Bild vom gedeckten Bildungstisch, wo die Kinder wie in der Freiarbeit sich des Lernstoffes bedienen können, der sie im Augenblick besonders interessiert und den sie im Dialog mit einem Mitschüler vertiefen und verdauen können. Das ist individuelles Lernen und nicht der Einheitsbrei, der im Frontalunterricht der Klasse vorgesetzt wird. „Warum haben Sie solche Angst vor dem Prinzip: Alle Kinder (unsortiert) in einer gemeinsamen Klasse?“ hält Zeller den Podiumskollegen von der CDU und der FDP vor. „Wir dürfen den Schwächeren und Schwächsten nicht ständig neue Schulwechsel zumuten.“

Der Grüne Martin Hahn, der seine 6 Töchter auf dem großen Hof aufwachsen lässt, schickt sie lieber in die nahegelegene Waldorfschule bei Überlingen als in das G 8-Gymnasium, wo sie kaum mehr Freizeit haben. Zeller, Hahn und Salerno halten unisono dem gegliederten Schulsystem vor, dass die Bildungschancen der Heranwachsenden von dem sozialen Milieu ihrer Elternhäuser abhängt, ein Missstand, der in den PISA-Studien immer dem deutschen Bildungswesen vorgehalten wird. Salerno zitiert aus einer Studie, wonach bei uns jedes 4. Kind in der Grundschule (3./4.Klasse) von den Eltern in die Nachhilfe geschickt wird, damit es eine Bildungsempfehlung fürs Gymnasium bekommt.

Aus dem Publikum kamen im 2. Teil der Veranstaltung Fragen zu den Stichworten Ganztageschule und Vereinsarbeit, mehr Klassen und Lehrkräfte an den Beruflichen Gymnasien, Situation beim Religionsunterricht an den Schulen, Ausbildung der Lehrer/innen, Migrantenförderung im Kindergarten und in der Schule. CDU-Sprecher Lothar Fritz hielt für sich zugute, an seinem Gymnasium in Überlingen immer eine gute Anzahl von Schülern mit ausländischer Herkunft zum Abitur geführt zu haben. Na, immerhin.

Zum 28.01.2011

W. Bernhard

## Bürgerempfang der SPD-Landtagsfraktion im GZH Friedrichshafen

Die SPD hatte eingeladen, rund 250 Gäste kamen. **Norbert Zeller**, MdL und Republikaner der Gesinnung nach, begrüßte zuallererst eine leibhaftige Königliche Hoheit, die Bodensee-Apfelprinzessin, Patricia Sauter aus Frickingen. Einen bunten Reigen von RepräsentantInnen aus dem öffentlichen Leben von Kreis und Region konnte der Häfler Norbert Zeller, der wieder für den Landtag kandidiert, im GZH willkommen heißen.



Foto: Erich Schäfler

Mit der Begrüßung der Gäste offenbarte sich auch die Bedeutung des Raumes Bodenseekreis: eine blühende starke Wirtschaftsregion mit nur 3,5% Arbeitslosigkeit, wozu das traditionell gute Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern maßgeblich beigetragen hat. Handel und Handwerkschaft tragen zum Gedeihen des Wirtschaftsraumes ebenso bei wie ein gut funktionierender Gesundheitsbereich. Die Zeppelin-Universität, die Duale Hochschule Campus Friedrichshafen und die PH Weingarten stehen stellvertretend für eine gut ausgebauten Bildungslandschaft.

Besonders erwähnenswert ist die „soziale Region“. Auffallend viele Einrichtungen für Behinderte wie die Stiftung Liebenau, Pflingstweid oder die Camp Hill-Einrichtungen tragen zum guten Ruf der Region bei.

Norbert Zeller hob dann noch die besondere Qualität der Weine und der Äpfel der Wein- und Obstregion Bodensee hervor.

Große Sorgen bereiten dem engagierten Politiker hingegen die Verkehrsprobleme besonders bei Bahn und Straße. Die Initiative „Pro B 31“ macht nun Druck, um die plan festgestellte Trasse nun endlich in die „Bauphase“ zu bringen.

Ein angenehmes Moment für Sozialdemokraten stellte die Vorstellung des erst 14-jährigen Jusos Jonathan dar.

In Vertretung von OB Brandt begrüßte **Dr. Köhler**, Erster Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen die Vertreter der SPD-Landtagsfraktion, die BürgerInnen aus der Region, Vertreter von Gemeinderat, Landratsamt BürgermeisterInnen aus der Nachbarschaft.

Friedrichshafen - nicht 200 Jahre alt sondern 200 Jahre jung und dynamisch – das wird Friedrichshafen dieses Jahr - stellte Dr. Köhler fest und verwies auf die Gründung Friedrichshafens 1811 durch Friedrich I. von Württemberg durch Zusammenschluss der Stadt Buchhorn und des Klosters Hofen. Der „Anfangspunkt“ der Schwäbischen Eisenbahn sollte als Dampfschiffahrtshafen die Landeshaupt-

stadt Stuttgart handels- und verkehrsmäßig mit der „Oberland“ und der Schweiz verbinden. Mit dem Grafen Zeppelin, seinem Werk und dem der Männer, die durch ihn angezogen wurden, entstand die blühende Häfler Industrie mit Weltgeltung.

Dr. Köhler wies auf die über 100 Veranstaltungen im Jubiläumsjahr und die moderne Form der Bürgerbeteiligung in der Stadt hin.

Dass die Bodenseeregion mit der Grenzregion Bayerischer Wald um die zweifelhafte Ehre konkurriert, einzige Region ohne elektrifizierte Bahnstrecke zu sein, verdrießt den Ersten Bürgermeister und motiviert ihn zur Forderung an alle Parteien zum Schulerschluss für die Südbahn und zu der Wette, dass die Südbahn eher fertig werde als S 21. Der Messestandort Friedrichshafen mit der Anbindung an B 30 und B 31 und den ewigen Staus liegt ihm so am Herzen, dass er die Hoffnung ausdrückt, die Verspätung des Hauptredners, Dr. Nils Schmid, Spitzenkandidat bei der Landtagswahl könne mit den schlechten Verkehrsverhältnissen auf B 30 oder B 31 zu tun haben.

Der gerade angekommene Nils Schmid stellte zu seiner Verspätung wegen der B 31 fest: „Diese Erfahrung war nicht umsonst, ich werde sie mit in die nächste Legislaturperiode nehmen“. Als Herzstück der Wachstumsregion Bodenseekreis ist eine gute Verkehrsinfrastruktur unerlässlich. Deshalb kämpft die SPD darum, dieses Ziel baldmöglichst zu verwirklichen.

„Der Aufschwung ist da“, ermüsse nur auch in der Fläche, in der breiten Bevölkerung ankommen. „Er muss genutzt werden zur Konsolidierung der Arbeitsverhältnisse (gesetzlicher Mindestlohn)“.

**„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! – denkt dabei auch an die jungen Leute!“** Jeder Jugendliche soll einen (garantierten) Ausbildungsplatz erhalten, soll Zutrauen in die demokratische Gesellschaft bekommen.

Übertriebener Finanzkapitalismus hat eigene Gesetzmäßigkeiten geschaffen und uns in die Krise geführt. Wir brauchen ein Regelwerk zur Einordnung der Finanzmärkte. Es waren Männer der SPD wie Steinbrück, Steinmeier, Scholz, die in der Großen Koalition die Weichen für den Weg aus der Krise gestellt haben. Unser Land braucht solche Politik mehr denn je.

Der Strukturwandel schreitet voran. Wir müssen die Grundlagen fördern. Dazu gehören auch die Verkehrswege. Die SPD ist daher Infrastrukturpartei. Vor allem Süden und Südwesten Baden-Württembergs haben hier Nachholbedarf; der Ausbau muss vorangetrieben werden. **„Wir werden echte Prioritätenlisten nach Berlin schicken. Bahn, Südbahn: „Südlich von Ulm sind wir im 19. Jahrhundert“.**



**Foto: Erich Schäfler**

Genau so wichtig ist für Schmid die **Bildungsinfrastruktur**. „Wir brauchen Jede und Jeden“ unterstreicht exakt die Forderung nach gleichen Bildungschancen unabhängig von der Herkunft der Kinder. Die vielzitierte siebenfach höhere Chance für Akademikerkinder ist ungerecht. Am 27. März geht es auch um Kindergartenplätze, längeres gemeinsames Lernen, Ganztageseschulen. Es geht auch um sozialen Zusammenhalt. Seit dem 01.01.2011 haben wir die Dreiklassenmedizin (auch mit Vorkasse). „Wir werden das Solidaritätsprinzip wieder herstellen.“

Nils Schmid kündete einen neuen Regierungsstil an, „bürgernahe, dezentrale Politik ist gefragt“. Schulpolitik: Schulstandorte sollen erhalten werden, es soll mehr auf Partnerschaft gesetzt werden, Spielräume von unten eröffnet werden. Wenn gewünscht sollen Gymnasiasten bis zu 10 Jahre mit den anderen Schülern zusammen lernen können. Bildung, Bildung, ... Schwerpunkt: die Kommunen müssen vom Land mehr Geld für Bildungs- und Sozialaufgaben bekommen.

Eine realistische Finanzpolitik muss Einzug halten. Dazu gehört auch ggf. der Ankauf von Steuer-CD's: „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt“.

Nils Schmid: „Bereitschaft zum Wechsel ist zu spüren“. Ich habe dazu drei Wünsche:

1. alle sollen wählen gehen!
2. Volks- und Bürgerentscheide müssen erleichtert werden – die Parlamente müssen in ihrem Wert geachtet werden
3. „Informieren Sie sich, machen Sie im Wahlkampf mit, unterstützen Sie Norbert Zeller!“

Claus Schmiedel: „Sie sehen einen zufriedenen Fraktionsführer, alle Anwesenden sind bei der SPD, das ist gut so.“

Er beklagte, dass die Regierungskoalition im Landtag neue gesetzliche Grundlagen für die Uni-Kliniken (Gesetz zur Reform der Universitätsmedizin und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes) gegen alle Beteiligten und die Sachverständigen durchgesetzt hat. Die Sozialpartnerschaft wird von

der Regierung nicht ernst genommen. Die SPD fordert ein „Tarifreuegesetz“ in Anbetracht der Dienstleistungsfreiheit ab 01.05.2011. „Die Handwerker können nicht mehr konkurrieren!“ Das Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft beruht auf Qualität, nicht auf Niedrigpreisen/löhnen.

Drei Punkte Differenz zwischen Nils Schmid und Mappus sind günstig: „Nils hat die Kompetenz“.

Mit einem Dank an Angelika Lacher-Föhr vom Büro Norbert Zeller für ihre Leistung zum Gelingen der Veranstaltung in Form eines Blumenstraußes beendete Schmiedel den offiziellen Teil des Programms und eröffnete das Buffet. Mehr und mehr scheint sich der Trend zu bestätigen, dass die Gäste durchaus noch längere Zeit im Saale bleiben, um in lockerer Runde die Inhalte der Veranstaltung weiter zu diskutieren.

03.02.2011

Karl-Heinz König

**Die Jusos Bodenseekreis  
haben eine neue Webadresse:**

[www.jusos-bodenseekreis.de](http://www.jusos-bodenseekreis.de)

**Unser Kandidat für den  
Wahlkreis 67**



Leute, geht zur Wahl! Auf jede Stimme kommt es an! Norbert Zeller ist unser Garant für sozialdemokratische Politik am Bodensee.

## Termine im Bodenseekreis

**Norbert Zeller MdL bittet euch folgende wichtige Termine im Bodenseeraum für Zeit des LTW-Wahlkampfes vorzumerken:**

- **ist abesagt worden !!!!!!!!!!!!!!!**  
**17. Februar 2011 um 19 Uhr**  
**Podiumsdiskussion mit ver.di im**  
Seehotel Friedrichshafen  
„Gerecht besser für Alle“
- **Freitag, 18. Februar um 20 Uhr**  
**SPD-Ortsverein Markdorf** “Der  
Bodenseekreis braucht den politischen  
Wechsel“  
Öffentliche Veranstaltung mit Norbert  
Zeller  
Jahreshauptversammlung  
Ort: Gasthaus Krone
- **Montag, 21. Februar, um 17-18 Uhr**  
**Bürgergespräch** mit Norbert Zeller im  
Gasthof "Sternen" in Mühlhofen,  
Daisendorferstr. 8.
- **Montag, 28. Februar, 9 Uhr -11 Uhr**  
Infostand in der Constantin-Vanotti-  
Schule in Überlingen
- **Montag, 28. Februar 2011 in**  
**Immenstaad 19 Uhr**  
Gesundheitspolitische Diskussion mit  
Norbert Zeller und Ortsverein Immenstaad  
im Rathauskeller
- **Freitag, 4. März 10 Uhr-12 Uhr**  
**Infostand auf dem Markt in**  
**Friedrichshafen Fußgängerzone**
- **Samstag, 5. März, Bürgerball in FN**  
**GZH 19.30**
- **Montag, 7. März, 19 Uhr Stadthalle**  
**Dreckkübelgeschwätz in Markdorf**
- **Donnerstag, 10. März 10-12 Uhr, Stand**  
**auf Markt in Markdorf.**
- **Donnerstag 10. März, 20 Uhr**  
**Meersburg** Veranstalter Ortsverein SPD  
Meersburg, Thema B 31, Ort offen
- **Freitag, 11. März 2011 um 20 Uhr,**  
**Podiumsdiskussion des Badischen**  
**Landwirtschaftlichen Hauptverbandes**  
Überlingen/Pfullendorf (Ort noch offen)
- **Samstag, 12. März, 10-12 in Überlingen**  
**Infostand am Markt**  
zur Bildungspolitik mit Norbert
- **Sonntag 13. März 18 Uhr,** Meersburg,  
**Podiumsdiskussion des Südkurier** mit  
Kandidaten, Sommertalhalle
- **Montag, 14. März 19 Uhr, Sipplingen,**  
**Veranstaltung mit Norbert Zeller in**  
**Sipplingen**
- **Mittwoch, 16. März TV-Duell Mappus-**  
**Schmid 20.15 Uhr**

**Friedrichshafen public viewing /Ort  
wird noch bekannt gegeben**

- **16. März von 9-12 Uhr Markt Immenstaad**
- **Donnerstag, 17. März, 19.30 Uhr Überlingen** Podiumsdiskussion in der Waldorfschule Überlingen
- **Freitag, 18. März Friedrichshafen SPD-  
Jahreshauptversammlung, 19  
Uhr, Dorfkrug ,mit Norbert Zeller**
- **Samstag 19. März  
Infostand am Markt 8-12 in Überlingen**  
Verkehrspolitik zu B31 und Bodenseegürtelbahn ohne Norbert)
- **9-10.30 Stand in FN mit Norbert**
- **Samstag, 19. März 11-12.30 Uhr** Markt Bermatingen am Rathaus
- **Samstag, 19. März ab 12.30 wieder  
Stand der SPD in FN**
- **Montag, 21. März 15 Uhr,  
Podiumsdiskussion im Gymn.  
Überlingen**
- **Dienstag 22. März 19 Uhr,  
Bildungszentrum Markdorf,  
Podiumsdiskussion**
- **Donnerstag, 24. März, Stand in  
Markdorf auf dem Markt 10 Uhr-12  
Uhr**
- **Freitag 25. März. Stand in Meersburg  
10 Uhr** und  
**„Volksdampf“ in Nussdorf 20:00  
und anschließend Kneipenbummel in  
Überlingen** mit Norbert und Leon Hahn
- **Samstag 26. März Stand 9-12 Uhr in FN  
Infostand am Markt 8-12 in Überlingen**  
Finanzen (ohne Norbert)  
**13 Uhr, Friedrichshafen, IBO Sporttalk  
„cool and clean“ Aktionsbühne Halle A  
6, Sportkreis Bodensee**

- **Sonntag 27.3. Wahl  
und Siegesfeier**

Ort: Claude- Dornier- Zimmer, Graf-  
Zeppelin- Haus

Wahlkreisbüro FN Stand 15.2.2011

**Termine, die oben erwähnt sind, werden  
bei den gastgebenden Ortsvereinen nicht  
mehr gesondert aufgeführt**

**KV-Sitzung:**

21.02.2011

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Parteiöffentlich

Weinstube Stecher, Bermatingen

**OV Bermatingen:**

Ortsvereinsitzung

Montag, 14.03.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

**OV Deggenhausertal:**

Mitgliederversammlung

Donnerstag 17.03.11 um 20 Uhr

Gasthaus Rossknecht, Deggenhausen

**OV Markdorf:**

Jahreshauptversammlung

Freitag, 18.02.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Gasthaus Krone

Vorstand

Donnerstag, 10.03.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Krone

**OV Meersburg:**

Donnerstag, 24.02.2011, 20:00 Uhr

Vorstandssitzung

Ort: Gasthof "Grüner Baum", Stetten, Hauptstr. 10

Mittwoch, 09.03. 19:00 Uhr

Muschelessen

Ort: Hecht, Ahausen

**OV Salem:**

Freitag, 04.03., 19:30 Uhr

Jahreshauptversammlung

Ort: Casablanca, Salem-Neufrach

**OV Tettngang + OV Meckenbeuren**

Gemeinsame Mitgliederversammlung

Energie vor Ort = Zukunft!

Mit Christel Ulmer, Landtagskandidatin

RV

Montag, 21. Februar 2011 um 19.00 Uhr

Andreas- Hofer- Stube in Brochzell Andreas-

Hofer- Straße 48

**OV Überlingen:**

- **Mittwoch 9. März Infostand am Markt  
10-12 in Überlingen**  
mit sauren Heringen zum Aschermittwoch  
ab 13:00 Kuddelessen bei Margot Hess
- **Samstag, 12. März. Infostand am Markt  
10-12 in Überlingen**

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



Sozialdemokratische Partei  
Kanton St. Gallen

## Komitee „Schulchaos-Initiative NEIN!“

Communiqué

28. Januar

### 150 Komiteemitglieder sagen Nein zur Zweiklassenschule

*Dem Komitee „Schulchaos-Initiative NEIN!“ sind mittlerweile 150 Einzelpersonen beigetreten. Zusammen mit 17 Parteien und Verbänden sieht das Komitee der Abstimmung vom 13. Februar zuversichtlich entgegen. Die Argumente der Befürworter finden bei Parteien und vielen Verbänden kein Gehör.*

In den letzten Tagen haben viele Parteien und Organisationen die Nein-Parole zur Initiative bekräftigt. Alle grossen Parteien (SVP, FDP, CVP und SP) haben an ihren Mitgliederversammlungen die Nein-Parole beschlossen. Auch die Präsidentenkonferenz des Kantonalen Gewerbeverbandes, wie auch der Kantonale Gewerkschaftsbund sagen Nein zur Initiative. Das Komitee freut sich, dass auch die St.Galler Regierung die von Elternlobby und Jungfreisinnigen lancierte Volksinitiative ohne wenn und aber zur Ablehnung empfiehlt. Gemäss Regierung würde die Initiative die Land- und Bergregionen benachteiligen. Zudem würde sie die Integrationskraft der Volksschule gefährden, für die Geinen das Führen der Volksschulen erschweren und Mehrkosten auslösen sowie den Bürgerinnen und Bürgern die demokratische Mitbestimmung entziehen.



### 150 Komiteemitglieder sagen Nein zur Zweiklassenschule

Das Komitee "Schulchaos-Initiative NEIN!" erfreut sich breiter Unterstützung. Neben 17 Parteien und Verbänden sind dem Komitee bereits 150 Einzelpersonen beigetreten. Die Namensliste kann auf [www.schulchaos-nein.ch](http://www.schulchaos-nein.ch) eingesehen werden.

Das Co-Präsidium mit Maria Huber und Diego Forrer ist überzeugt, dass sich die Bevölkerung nicht auf die Verlockungen der Befürworter einlassen werden: „Die Schulchaos-Initiative gehört abgelehnt; zum Wohl unserer Kinder.“

Rückfragen

Maria Huber, Co-Präsidentin Komitee  
Diego Forrer, Co-Präsident Komitee

Weitere Information

[www.schulchaos-nein.ch](http://www.schulchaos-nein.ch)

28.01.2011

übermittelt: Dario Sulzer

### Das Volk will keine Zweiklassenschule

Die SP Kanton St.Gallen freut sich über den kantonalen Abstimmungserfolg. Die Schulchaos-Initiative wurde vom Stimmvolk überaus klar abgelehnt. Das Gesetz über die Pflegefinanzierung fand eine ebenso klare Zustimmung. Leider fand die nationale Initiative "Für den Schutz vor Waffengewalt" auch im Kanton St.Gallen keine Mehrheit.

#### Freie Schulwahl entspricht keinem Bedürfnis

Das Stimmvolk hat die Initiative „Freie Schulwahl auf der Oberstufe“ mit 82.5 Prozent Nein-Stimmen klar verworfen. Die SP hat sich stark im Komitee „Schulchaos-Initiative NEIN!“ engagiert und freut sich über den grossartigen Erfolg. Die St.Gallerinnen und St.Gallen möchten die Qualität der öffentlichen Schule nicht aufs Spiel setzen. Die Chancengleichheit und die Integrationskraft der öffentlichen Oberstufenschulen bleiben somit gewährleistet.

#### Gesetz über die Pflegefinanzierung deutlich angenommen

Mit dem neuen Gesetz wird die Situation vieler pflegebedürftiger Personen verbessert, weil der Beitrag der Pflegebedürftigen an die Pflegekosten

limitiert wird. An die Pflege in Alter- und Pflegeheimen müssen die Bewohnenden neu 20 Prozent des Beitrages der Krankenversicherer bezahlen. Bei der ambulanten Pflege müssen die Patientinnen und Patienten neu einen Kostenanteil von 10 Prozent übernehmen.

### **Initiative "Für den Schutz vor Waffengewalt" leider gescheitert**

Die SP hat zusammen mit dem Ostschweizer Komitee „Für den Schutz vor Waffengewalt“ für die Initiative gekämpft und ist enttäuscht, dass die Initiative gescheitert ist. Die Befürworter konnten mit ihren sachlichen Argumenten für einen besseren Schutz vor Waffengewalt immerhin in der Stadt St.Gallen eine Ja-Mehrheit erreichen.

St.Gallen, 13. Februar 2011      **Weitere Auskünfte:**  
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

### **Keine weiteren Steuersenkungen!**

## **Nein zum Abbruch des Kantons St. Gallen!**

In der Februarsession berät der Kantonsrat das Sparmassnahmenpaket der St.Galler Regierung. Eine Überprüfung der staatlicher Aufgaben und Angebote erachtet die SP als richtig, doch muss festgestellt werden, dass der Kanton bereits sehr effizient arbeitet. Den Kanton kaputt sparen, dazu sagt die SP ganz klar Nein! Die SP fordert eine neue vorausschauende Finanz- und Steuerpolitik – für einen attraktiven Kanton St.Gallen. Die SP fordert, dass auch die Einnahmenseite beachten wird. Eine Anpassung des Steuerfusses darf nicht tabu sein. Eine überproportionale Entlastung der hohen Vermögen und Einkommen darf es nicht geben.

Claudia Friedl, Parteipräsidentin und Kantonsrätin sprach gleich zu Beginn der Medienkonferenz Klartext: *„Diese sogenannte Verzichtsplannung ist das Resultat der verfehlten Steuerpolitik von CVP, FDP und SVP. Dem Kanton wurde der Geldhahn zuge-dreht und so beklagt die Regierung heute beträchtliche Ausfälle wegen zu grosszügigen Steuer-erleichterungen.“*

Innerhalb der letzten 20 Jahren ist dies nun das 4. Sparprogramm. Jede Sparrunde wurde dazu verwendet, anschliessend die Steuern zu senken und damit ein neues Defizit zu produzieren, um dann von neuem Leistungen und Investitionen abzuwürgen. Die SP wendet sich darum heute an die St. Gallerinnen und St. Galler mit der Forderung: Wir brauchen eine neue Finanz- und Steuerpolitik!

Leider wurden die Vermögenden, Topverdiener und Unternehmen weit überproportional entlastet. Die Unternehmen beteiligen sich heute nur noch mit et-was über 10 Prozent an der Finanzierung des Staa-

tes, während es vor 10 Jahren noch 22 Prozent waren. Heute haben wir allein beim Kanton einen jährlichen Steuereinnahmefall von Fr. 450 Millionen zu verkraften.

### **Die SP fordert eine vorausschauende Finanzpolitik**

Seit der neuen Aufgaben und Finanzaufteilung zwischen Bund und Kanton weiss die Regierung, dass neue Aufgaben und vor allem finanzielle Herausforderungen auf den Kanton zukommen (Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung, Behinderteninstitutionen, Sonderschulen). Die Regierung hat sich noch letztes Jahr geweigert, solche Zusatzausgaben in den Finanzplan aufzunehmen. Das ist Vogelstraus-Politik.

Jedes Jahr werden rabenschwarze Budgets präsentiert. Der Finanzchef prognostiziert grosse Defizite, das Parlament spart an allen Ecken, das Defizit verwandelt sich in einen satten Gewinn, der es wieder erlaubt, die Steuern weiter zu senken.

Diese bürgerliche Steuer- und Finanzpolitik muss endlich durchschaut und durchbrochen werden. Denn den Kanton kaputt sparen, dazu sagt die SP ganz klar Nein!

### **Sparvorschläge wenig fundiert**

Die Regierung hat 54 Verzichtsmassnahmen vorgeschlagen. Die meisten Vorschläge sind reine Verlagerungen, entweder zulasten der Gemeinden oder zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Das hat die SP nicht überrascht, weil es im Kanton St. Gallen nach diversen Sparpaketen auch wenig wirkliches Spar-Potential gibt. Eine summarische Bewertung der Massnahmen ergibt folgendes Bild:

- Die Verschiebungen auf die Gemeinden sind teilweise nachvollziehbar, denn in den letzten Jahren wurden die Gemeinden insgesamt entlastet und konnten Steuern senken und Schulden abbauen. Nicht einverstanden ist die SP mit der Reduktion des Finanzausgleichs. Damit werden genau jene Gemeinden stärker belastet, welche bereits heute die höchsten Belastungen haben.
- Ein Affront sind die Massnahmen beim öffentlichen Verkehr. „Weniger als ein halbes Jahr nachdem über 80 Prozent der St.Galler Bevölkerung der Kreditvorlage für die nötigen Ausbauten zugestimmt hat, soll auf die geplanten Verbesserungen in den Randstunden sowie beim Nachtverkehr an den Wochenenden teilweise verzichtet werden. Das ist Wortbruch!“ sagt SP-Kantonsrat Felix Gemperle. Ein Aufschlag im Tarifverbund Ostwind um 15 Prozent schmälert die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs massiv – das Gegenteil war beabsichtigt mit der S-Bahn-Vorlage.
- Nicht nachvollziehbar sind auch die Massnahmen im Bildungsbereich. Der Besuch einer Grafiker-ausbildung soll neu Fr. 10'000, die Lehrwerkstätte für Bekleidungs-gestalterinnen satte Fr. 15'000 kosten.



So können sich nur noch Reiche eine Ausbildung leisten.

- Skandalös ist die geplante Reduktion des Kantonsanteils bei der Spitalfinanzierung. Die gesparten Kosten werden 1:1 auf die Prämien überwält. Die Bürde zu tragen hat der Mittelstand, welcher weder über höhere Einkommen verfügt, noch von der Prämienverbilligung profitieren kann.

- Einen Zickzackkurs fährt die Regierung in der Energiepolitik. Einführen – abschaffen – wieder einführen – wieder reduzieren, das ist keine verlässliche Politik. Dem Energiekonzept des Kantons wurde im Jahr 2007 überdeutlich zugestimmt. Es jetzt schon wieder zu verwässern ist im Wissen auf die ökologischen und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht zu verantworten.

Die SP ist enttäuscht über die unsensiblen Sparvorschläge der bürgerlich dominierten Regierung und Finanzkommission. Die SP wehrt sich gegen sozial unverträgliche Verlagerungen.

### **Klare Absage an die Forderungen der Finanzkommission**

Die weiteren Kürzungsanträge der Finanzkommission verschärfen den Leistungsabbau zusätzlich und sind abzulehnen. Es ist unverständlich, keine Bereitschaft zu zeigen, auf der Einnahmeseite Massnahmen zu ergreifen.

Für den Wirtschaftsstandort sind Investitionen wichtig, auch diejenigen in die Kultur. Bei den Investitionen gibt es im Gesundheitswesen (Spitäler) und im Bildungswesen einen Nachholbedarf. Die SP sieht hier ein differenziertes Modell, das berücksichtigt, dass jeweils nicht alle geplanten Investitionen umgesetzt werden können.

### **350 Stellen abbauen?**

Absolut unverantwortlich und unehrlich ist die Forderung nach einem weiteren Sparpaket über 50 Millionen Franken. Wo eingespart werden soll, da schweigen sich die Bürgerlichen aus. Die Finanzkommission weiss genau, dass ihre Sparvorgabe um 50 Millionen zu einem grossen Teil nur mit Personalabbau bewältigt werden kann. In der Finanzkommission wurde klar, dass von den 50 Millionen rund 35 Millionen durch Stellenabbau bewältigt werden müssen. „SVP, FDP und CVP wollen beim Kanton 350 Stellen abbauen. Das ist absolut unverantwortlich. Dass die Finanzkommission nicht öffentlich den Personalabbau fordert, sondern es als weiteres Sparpaket verwedelt, ist in höchstem Masse unehrlich. Die SP stellt sich vehement gegen ein weiteres Sparpaket, das auf Kosten des Personals geht“, sagt Fraktionspräsidentin Barbara Gysi.

### **Forderungen der SP**

- Abschreibungsquoten den Lebenszyklen anpassen (z.B. für Gebäude 25 bis 35 Jahre)
- Kleinere Vorhaben früher als Investitionen taxieren (z.B. ab 1 Million Franken)

- Eigenkapital abbauen, Verschuldung zulassen mit der Auflage, spätere Gewinne zum Schuldenabbau und nicht zur Steuersenkung verwenden.

- Reserven/Eigenkapital in Hoch-, Fachhochschulen und Instituten schrittweise abbauen.

- Beim Investitionsprogramm einen Realisierungsfaktor einbauen (z.B. 80% Umsetzung der Planungen; So könnten trotz FiKo-Vorgabe 220-230 Mio. jährlich geplant werden).

- Massnahmen auf der Einnahmeseite dürfen kein Tabu mehr sein.

**St.Gallen, 4. Februar 2011**      **Weitere Auskünfte:**

- **Claudia Friedl, Parteipräsidentin**
- **Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin**
- **Felix Gemperle, Kantonsrat**

über: **Dario Sulzer**

## **Medienkonferenz Komitee Gleichstellung jetzt!**

Das Thema Gleichstellung der Frauen geht alle etwas an. Gerade in der Politik hat es lange gedauert, dass die Frauen gleich ernst genommen werden wie die Männer. Wir sind heute stolz auf das Erreichte. In den letzten 40 Jahren sind viele Sachen umgesetzt und Wege geebnet worden, die die Gleichberechtigung der Frauen unterstützen. Trotzdem ist dieses Thema nicht einfach abgeschlossen.

Es ist ein laufender Prozess, der nur im Gang gehalten werden kann, wenn ein Motor dazu läuft. Dieser Motor sind aktive Frauen, die über Jahre immer wieder für dieses Anliegen gekämpft haben und zwar hartnäckig und ausdauernd.

Gerade diese Errungenschaften werden schnell in den Hintergrund gestellt, wenn gespart werden muss. So sind es einmal mehr etliche Frauenanliegen, die im Spar-Massnahmenkatalog des Kt. St. Gallen, dem Sparhammer zum Opfer fallen sollen.

Ich denke da z.B. an die Massnahme 22, welche unwürdige Erhöhungen der Gebühren für die Teilnehmenden der Lernwerkstätte für Bekleidungsgealterinnen fordert. In dieser Lehrwerkstätte werden heute 20 Ausbildungsplätze für Bekleidungsgealterinnen, ehemals Damenschneiderinnen, angeboten, und das ohne Ausbildungsgebühr. Nun sollen die Lernenden die Ausbildungsgebühr von 15'000.00 Fr. selber berappen. Diese hohen Kosten werden dazu führen, dass man diese Ausbildung nicht mehr wählen wird und dass diese Lehrstellen für Frauen und damit die ehemalige Frauenarbeitschule von früher verschwinden wird.

Im Weiteren wird in der Spar-Massnahme Nr. 38 auf einen Teil der Massnahmen der St. Galler Agenda für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestrichen. Schon im Jahr 2007 forderte die CVP-Fraktion mit einer Motion die Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Diese Motion wurde in einen Bericht umgewandelt, welcher 13 Maßnahmen beinhaltet, die schließlich in der St. Galler –Agenda bis 2013 hätten umgesetzt werden sollen.

Die Frauen im Parlament haben für diese Vorlage gekämpft und waren stolz darauf, hier in der Gleichstellung einen Schritt nach vorne gemacht zu haben.

Wir hatten eine Mehrheit der Parlamentarier überzeugt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Nun ist vorgesehen, dass ein Teil dieser Maßnahmen gestrichen wird.

So wird auf den geplanten Ausbau einer zentralen Fachstelle des Kantons für die „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ verzichtet.

Diese Fachstelle hätte eine schnelle und nachhaltige Umsetzung der Maßnahmen für Vereinbarkeit sichergestellt. Im Bericht des Ausschusses für Beseitigung der Diskriminierung der Frau, empfiehlt denn auch die Kommission, in der Schweiz dafür zu sorgen, dass die innerstaatlichen Mechanismen zur Frauenförderung die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen erhalten, um die Geschlechtergleichheit und die Frauenförderung auf allen Ebenen wirksam voranzubringen.

Dieser Ausschuss ist besorgt darüber, dass die Schweiz nicht über eine integrierte Gesamtstrategie verfügt und empfiehlt auch die Einrichtung von Gleichstellungsfachstellen sowie eine verstärkte Koordination aller zuständigen institutionellen Strukturen.

Der Verzicht des Kantons St. Gallen auf die zentralen Fachstelle und der Verzicht auf die Ansprechpersonen in jedem Departement für die Koordination von Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist somit bedauernd.

Mit der Streichung eines Teils der Maßnahme 38 sind wir auf dem Weg zur Gleichstellung wieder einen Schritt zurück geworfen worden. Genau diese Schritte, welche nämlich im Massnahmenkatalog vorgeschlagen werden, tragen maßgeblich zur Gleichstellung der Frauen und Männer bei.

Ich bin aber überzeugt, dass wir diesen Weg zielstrebig und mit laufendem Motor weiter gehen werden und weiter Schritt für Schritt unsere Ziele erreichen werden. Bedingung ist allerdings, dass sich weiterhin Frauen in der Öffentlichkeit und in der Politik engagieren und am gleichen Strick ziehen.

3. Febr. 2011

Monika Lehmann  
Kantonsrätin CVP

Über: Ariana Krizko, SP Kanton SG

## Das grosse Aufräumen...

Es ist offensichtlich, dass die bürgerliche Finanzpolitik gescheitert ist. Mit der Behandlung des Sparmassnahmenpakets beginnt nun das grosse Aufräumen. Die SP wird sich in der Februarsession des Kantonsrates gegen Gebührenerhöhungen an den Schulen und den geplanten Aufschlag im Tarif-

verbund Ostwind zur Wehr setzen. Stattdessen fordert die SP Massnahmen auf der Einnahmeseite, um weitere Verzichtsplanungen zu verhindern.

Die SP-Kantonsratsfraktion hat in Flawil die Geschäfte der Februarsession vorbereitet. Haupttraktandum war das Sparmassnahmenpaket der Regierung. Die SP stellt sich der Diskussion, obwohl die SP seit Jahren davor gewarnt hat, dass die unverantwortliche Steuerpolitik von SVP, FDP und CVP ein grosses Loch in die Kantonskasse reissen wird. Mit vielen Sparmassnahmen ist die SP-Fraktion nicht einverstanden. So wird sie die Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen bekämpfen. Die Reduktion des Beitrages für die persönlichen Auslagen ist für diejenigen, die sowieso schon wenig haben, nicht zumutbar.

### Kein Qualitätsabbau bei den Schulen

Die SP lehnt eine Erhöhung der Teilnahmegebühren für die Lehrwerkstätten für Bekleidungs-gestalterinnen und Grafiker und Grafikerinnen ab. Ebenso wehrt sich die SP gegen die Abschaffung des Schwerpunktfachs Italienisch, die Reduktion des Freifachangebotes und die Erhöhung der Elternbeiträge für Instrumentalunterricht an den Mittelschulen. *„Mit den geplanten Verzichtsmaßnahmen wird das Angebot an den Mittelschulen inhaltlich abgebaut. Dazu bietet die SP nicht Hand! Die St.Galler Schülerinnen und Schüler sollen nicht die Zeche bezahlen müssen, für die Fehler der bürgerlichen Parteien“*, meint Fraktionspräsidentin Barbara Gysi.

### Für eine verlässliche Energiepolitik

Die Einsparungen beim Energieförderprogramm lehnt die SP ab. „Das erst 2007 eingeführte Energiekonzept des Kantons jetzt schon wieder zu verwässern, ist im Wissen auf die ökologischen und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen schlicht nicht zu verantworten“, meint SP-Kantonsrat Felix Gemperle und fordert eine verlässliche Energiepolitik und keinen Zickzack-Kurs.

Für die SP-Fraktion ist weiter nicht hinnehmbar, dass auf bestimmte Massnahmen der St.Galler Agenda für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verzichtet werden soll. 40 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts steht diese Sparmassnahme völlig quer in der Landschaft.

### Beiträge für Gemeindevereinigungen unbestritten

Weitere Geschäfte der kommenden Session waren nicht bestritten: Die Förderbeiträge an die Vereinigung der Gemeinden Gommiswald, Ernetschwil und Rieden, sowie für die Vereinigung der Gemeinden Wil und Bronschhofen fanden bei der SP-Fraktion Zustimmung.

Unbestritten ist auch der Nachtragskredit beim Bau des Fachhochschul-Zentrums Bahnhof Nord sowie die Beteiligung an der Erhöhung des Genossen-

schaftskapitals der Olma Messen St.Gallen. Auch der Bedarf für die Erweiterung und Anpassung der Zentralen Notfallaufnahme des Kantonsspitals St.Gallen ist mehr als ausgewiesen.

➔ Die ausführliche Stellungnahme der SP zur Verzichtplanung der Regierung finden Sie auf:

[www.sp-sg.ch](http://www.sp-sg.ch)

St.Gallen, 5. Februar 2011 Weitere Auskünfte:  
o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin  
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## SP Kanton Thurgau

### Ja zu Sport an Berufsschulen

Das überparteiliche Abstimmungskomitee „Ja zum Sport an Berufsschulen“ hat mit grosser Genugtuung von der deutlichen Zustimmung der Thurgauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu den Kreditvorlagen für die Turnhallen-Aufstockung in Weinfelden und für den Beitrag an die Sporthalle in Arbon. Zwei gut vorbereitete Vorlagen haben eine klare Mehrheit gewonnen. Wir danken der Bevölkerung für das Wohlwollen gegenüber der Jugend in der beruflichen Bildung.

13.02.2011

Peter Gubser  
Präsident des Komitees  
„Ja zum Sport an den Berufsschulen“



#### Ausschuss:

### ÖVP stimmt SPÖ-Anträgen zu!

**Mehr Kompetenzen für Landes-Rechnungshof; Internet-Abzocke verhindern; Armuts- und Reichtumsbericht**

Die ÖVP hat in der heutigen Ausschuss-Sitzung der SPÖ-Initiative betreffend Prüfkompetenzen des Landes-Rechnungshofes erfreulicherweise zugestimmt.

Zentraler Inhalt des Antrages ist die bundesverfassungsgesetzliche Ermächtigung des Landesverfassungsgesetzgebers, den Landes-Rechnungshöfen die Prüfung von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern zu ermöglichen. Des Weiteren sollen auf begründetes Ersuchen der Landesregierung sowie auch auf Antrag des Landtages pro Jahr zwei Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern geprüft werden können. Schlussendlich sollen auch Gemeindeverbände mit weniger als 10.000 Einwohnern bzw. pro Jahr zwei große Gemeindeverbände mit mindestens 10.000 Einwohnern auf begründetes

Ersuchen der Landesregierung bzw. auf Antrag des Landtages geprüft werden können.

Auch und vor allem vor dem Hintergrund der teilweise prekären Finanzsituation einiger Vorarlberger Gemeinden ist diese Änderung für Michael Ritsch besonders wichtig. Denn auch Landes-Rechnungshofdirektor Herbert Schmalhardt hat bereits öfters deponiert, dass er es für sinnvoll erachten würde, auch Gemeinden prüfen zu können. Zudem ist bekannt, dass der Landes-Rechnungshof mit seinen Prüfungen und Empfehlungen immer wieder Einsparpotenziale und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigt.

Verbesserungen durch einen zweiten SPÖ-Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, verspricht man sich beim Konsumentenschutz. Denn immer mehr Personen aller Altersstufen werden Opfer verantwortungsloser Praktiken im Internet oder beim Handy. Allein im Jahr 2009 haben in dieser Sache bundesweit 75.000 VerbraucherInnen Rat und Hilfe in den Konsumentenberatungen der Arbeiterkammer gesucht. Die Dunkelziffer geschädigter Internet- oder Handynutzer liegt wahrscheinlich um ein Vielfaches darüber.

Künftig sollen Vertragsabschlüsse im Internet nur dann zustande kommen, wenn der Internetnutzer dies mit einem gesonderten Mail bestätigt („Button-Lösung“). Des Weiteren sollen Abo-Verträge im Internet jederzeit kündbar sein sowie ein unbegrenztes Rücktrittsrecht bestehen, solange keine rechtskonforme Rücktrittsbelehrung erfolgt. Außerdem sollen Unrechtsgewinne, die durch Abzocke erzielt wurden, abgeschöpft werden können. Und schließlich soll noch ein europaweit abrufbares Firmenregister eingerichtet werden, um die grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung voranzutreiben. Für Verträge, die im Zuge unerbetener Werbung per Telefon abgeschlossen werden, gilt künftig nicht nur ein Rücktrittsrecht – diese sind dann prinzipiell nichtig.

Auch eine schon seit Jahren immer wieder deponierte Forderung der SPÖ wurde heute endlich beschlossen. Denn jetzt stellt auch die ÖVP der Erstellung eines Armuts- und Reichtumsbericht für Vorarlberg nichts mehr entgegen. Intention dieses Antrages ist es, die finanzielle Situation der Menschen im Land aufzuzeigen. Dabei soll vor allem durchleuchtet werden, ob bei der Verteilung der Mittel im Land eine faire Ausgewogenheit herrscht. Nach Ansicht der SPÖ wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer und deshalb auch unsozialer.

SPÖ-Express

28.01.2011

## **Kaffeekränze der SPÖ- Frauen**

### **Veranstaltung wieder ein voller Erfolg!**

Das alljährlich im Jänner stattfindende Kaffeekränze der SPÖ-Frauen Bludenz ist bereits zur Tradition geworden. So freute sich Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher nun schon zum 10ten mal in Folge, zahlreiche Gäste zu begrüßen. Unter den BesucherInnen befanden sich - neben zahlreichen tanzfreudigen Frauen - Nationalratsabgeordneter Elmar Mayer, Landesparteivorsitzender Michael Ritsch, Landtagsabgeordnete Mirjam Jäger-Fischer, Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner, Landesgeschäftsführer des Sozialistischen Wirtschaftsverbandes Josef Stampach, Landesfrauengeschäftsführerin Erna Zoller, Bezirksvorsitzender Leopold Berthold, Stadtfrauenvorsitzende Andrea Hopfgartner, die Stadträte Arthur Tagwerker und Wolfgang Weiss, Stadtparteiobmann Günter Zoller sowie Ortsvorsteher Josef Stroppa.

Musikalisch führten in bewährter Weise Hubi und Didi durch den Abend. Das Organisationsteam Olga Pircher, Andrea Hopfgartner und Erna Zoller freute sich sichtlich über das große Interesse an der Tombola, bei der es mehr als 120 Preise, von selbstgestrickten Socken über Schmuck und Uhren bis hin zu einem Bargeldpreis im Wert von 200,- Euro, zu gewinnen gab.

Ein weiterer Höhepunkt war sicherlich der Auftritt der Guggamusik Rutschifenggen, die im Wirtshaus zur Fohrenburg den Saal zum Kochen brachten und mit ihren fetzigen Klängen Stimmung machten.

In der Begrüßung wies Olga Pircher darauf hin, dass wer sich bewegt, tanzt und Kaffeekränze besucht, beste Chancen darauf hat, 100 Jahre alt zu werden. Offensichtlich nahmen sich die BesucherInnen dies zu Herzen, denn es wurde bis spät in die Nacht getanzt und gefeiert.

SPÖ-Express

04.02.2011

### **SPÖ Vorarlberg unterstützt EURATOM Volksbegehren**

## **NEIN zur Atomkraft!**

Ein klares NEIN zur Atomkraft kommt auch von der Vorarlberger SPÖ. In Richtung der Betreiber des Volksbegehrens zum Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag teilt SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch mit, dass der erweiterte Parteivorstand beschlossen habe, das Volksbegehren selbstverständlich zu unterstützen.

Gleichzeitig richtet die SPÖ einen entsprechenden Aufruf an die eigenen Mitglieder das Volksbegehren zu unterschreiben.

Die Bundesregierung soll durch das Volksbegehren, welches von 28. Februar bis 7. März unterschrieben werden kann, dazu gebracht werden, aus dem Euratom-Vertrag auszusteigen.

SPÖ-Express

04.02.2011

**Michael Ritsch:**

## **Wegfall des Alleinverdienerabsetzbetrages ist unsozial**

### **Für PensionistInnen Ausnahmebestimmungen schaffen**

Unerfreuliche Post haben dieser Tage zahlreiche Pensionistinnen und Pensionisten auch in Vorarlberg erhalten. Denn durch den Wegfall des Alleinverdienerabsetzbetrages verlieren sie pro Jahr 364 Euro ihrer Pension.

„Hätte man geringfügige Steuern auf Vermögen eingeführt, wäre diese äußerst unsoziale Maßnahme nicht notwendig gewesen“, so SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch. Wenigstens habe es die SPÖ im Rahmen der Budgetverhandlungen noch geschafft, Bezieherinnen und Bezieher niedriger Pensionen bis 1.155 Euro durch eine Ausnahmebestimmung zu verschonen. Ein weiteres Zugeständnis sei von der ÖVP leider nicht zu entlocken gewesen, so Michael Ritsch weiter.

Um soziale Härtefälle zu vermeiden, habe es sich die SPÖ zum Ziel gesetzt, die Ausnahmebestimmungen beim Alleinverdienerabsetzbetrag auszudehnen. Aus diesem Grund werde man deshalb auf Bundesebene bei den nächsten Budgetverhandlungen darauf drängen. Als ersten Schritt hat die SPÖ dazu einen entsprechenden Antrag an den Vorarlberger Landtag gestellt.

„Aufgrund der stabilen Arbeitsmarktlage sowie den erfreulichen Wachstumsprognosen für das Jahr 2011 dürfte eine Ausdehnung der Ausnahmebestimmungen auch aus budgetärer Sicht durchaus machbar sein“, erläutert Michael Ritsch sein Vorhaben.

SPÖ-Express

04.02.2011

Der Antrag als PDF zum [Download](#)

**Elmar Mayer:**

## **Offener Brief an LH Sausgruber**

### **Vorarlberger schneiden in PISA-Studie schlechter ab**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

ich wende mich an Sie persönlich, weil ich weiß, dass in unserem Bundesland ohne Ihre Zustimmung

praktisch nichts umgesetzt werden kann. Dies durchaus legitimiert durch wiederholte absolute Mehrheiten bei Wahlen zum Vorarlberger Landtag. Dennoch ist das Bildungsproblem so zentral - unter anderem sichtbar gemacht durch den neuesten PISA-Spiegel, der uns vorgehalten wurde - dass auch Sie aufgefordert sind, Ihre bildungspolitischen Leitlinien zu überdenken.

Könnte man bisher die interessierte Öffentlichkeit noch glauben machen, bei uns im Ländle würden die Uhren anders laufen, hat PISA alle wach gerüttelt. Um den Beweis anzutreten, dass wir im Ländle besser sind, legte die Landesregierung sogar eine Stange Geld auf den Tisch, um unsere Lernergebnisse detailliert und landesspezifisch ausgewertet zu bekommen. Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch in unserem Bundesland dringender Handlungsbedarf besteht.

Ein weiterer Grund, warum ich mich an Sie persönlich wende, ist, weil ich durch viele persönliche Gespräche zu wissen glaube, dass Ihr zuständiger Landesrat in der Landesregierung, Siegi Stemer, in Wahrheit die Defizite erkannt hat. Sie liegen eindeutig in einer mangelnden Kleinkindbetreuung, einem völlig falsch verstandenen Leistungsdruck, in einem viel zu frühen Ausleseverfahren mit bereits neun Jahren und in viel zu geringen schulischen Ganztagsangeboten. Dabei wird es nicht genügen, nur an einem Rad zu drehen. Wir brauchen eine umfassende Bildungsreform auf allen vier Ebenen.

Ich weiß, dass Teile davon nur dann umgesetzt werden können, wenn seitens der Bundespolitik die Weichen neu gestellt werden. Ein neues Dienst- und Besoldungsrecht sowie eine neue LehrerInnen-ausbildung gehören zweifellos dazu. Ich kann Ihnen versichern, ich nütze als Bildungssprecher unserer Parlamentsfraktion alle meine Möglichkeiten aus, um diese Themen entscheidend voran zu bringen.

Dennoch haben wir in Vorarlberg beste Voraussetzungen, entscheidende Schritte bereits jetzt selbst zu setzen, die es in anderen Bundesländern nicht gibt. Ich kenne keinen Pflichtschullehrer und keine Pflichtschullehrerin - auch und besonders jene in der Neuen Mittelschule - die nicht längst eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen einfordern. Eine Forderung, die praktisch alle internationalen Studien erheben und eine Maßnahme, die die erfolgreichen PISA-Länder längst umgesetzt haben. Selbst die Lehrgewerkschaften für Pflichtschulen aller politischen Fraktionen im Ländle haben sich erst vor wenigen Tagen einstimmig für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ausgesprochen.

Auch Vorarlbergs Elternvertreter haben diese Forderung bereits erhoben und sogar entsprechende Veranstaltungen dazu organisiert, weil sie wissen, dass **alle Kinder** an einer solchen Schule optimal

gefördert und gefordert werden. Studien belegen auch, dass gerade die Besten und Talentiertesten von einer gemeinsamen Schule profitieren. Diese Kinder erhalten durch die Weitergabe ihres Wissens sogar noch höhere Fertigkeiten und erwerben sich zudem jene Sozialkompetenz, die die heutige Gesellschaft ganz besonders braucht. Nicht ohne Grund nimmt daher die Zahl der AHS-Lehrer zu, die eine solche gemeinsame Schule fordern. Bei der letzten Personalvertretungswahl bei den AHS-Lehrern hat gerade jene Lehrervertretung die Mehrheit erzielt, die sich für eine gemeinsame Schule stark macht.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Eltern, Lehrer und praktisch alle Studien zeigen in dieselbe Richtung. Wir als kleines und überschaubares Land müssen jetzt die Zeichen der Zeit erkennen und die richtigen Schritte setzen. Ohne Sie, Herr Landeshauptmann, geht gar nichts. Mit Ihnen wäre aber vieles möglich. Geben Sie unserem Land die Chance, eine echte Bildungsregion zu werden. Kleinkindbetreuung ist Ländersache. Stellen wir die Weichen gemeinsam richtig. Pflichtschulen sind Bundessache. Starten wir den Schulversuch „Gemeinsame Schule“ und machen wir unser Land in Bildungsfragen zu einer Modellregion. Übrigens: Südtirol - zum wiederholten Male im PISA-Spitzenfeld - hat es vorgemacht, was eine Region eigenständig schaffen kann, wenn man Bildungsreformen konsequent angeht und entschlossen umsetzt.

Herr Landeshauptmann, der Ball und damit die Verantwortung liegt bei Ihnen. Nützen wir gemeinsam die Chance für die Zukunft unserer Kinder und damit für die Zukunft unseres Landes.

Mit freundlichem Gruß

Elmar Mayer  
04.02.2011

SPÖ-Express

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

## **Martin Gerster übergibt offenen Brief an Fraktionschef Steinmeier**

BERLIN - Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster (SPD) hat dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Frank-Walter Steinmeier einen offenen Brief der „Bürgerinitiative B30“ übergeben. Gerster bat Steinmeier, sich in Berlin dafür einzusetzen, dass die Baumaßnahme in den "vordringlichen Bedarf" im neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen wird.



**Foto: Büro Gerster**

Steinmeier versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen. „Wir werden da Druck machen, die Menschen in den betroffenen Ortschaften warten schon lange genug.“ Auch Gerster hofft seitens der schwarz-gelben Bundesregierung auf ein positives Signal. „Bislang glänzt Schwarz-Gelb nicht durch verkehrspolitisches Engagement“, so Gerster. Zahlreiche Verkehrsprojekte wie die Ortsumfahrung B30 Ravensburg lägen auf Halde: „Es darf nicht sein, dass unsere Region ins verkehrspolitische Abseits gerät.“

28.01.2011

Alexander Geisler M.A

### MdB Martin Boehringer-Betriebsräte bei Gerster:

## **„Leiharbeit ist ein Riesenproblem und muss eingedämmt werden“**

BIBERACH – Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Boehringer Ingelheim, Freddy Speth, und Vertrauensleutenvorstand Hubert Bammert haben sich jetzt mit dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster getroffen, um über die vorgesehene Umsetzung der EU-Richtlinie zur Leiharbeit zu sprechen. „Gerade in der Region Ulm ist es besonders schlimm, jeder 10. Arbeitnehmer ist in Leiharbeit“, erläuterte Speth, „Leiharbeit ist ein Riesenproblem und muss eingedämmt werden.“ Man sei sich in der Beurteilung des Problems einig gewesen, so Gerster: „Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung reicht aus unserer Sicht bei weitem nicht aus, um dafür zu sorgen, die Leiharbeit und damit die unterbezahlte, sogenannte prekäre Beschäftigung zurückzudrehen, die oft vom Staat noch nachsubventioniert werden muss, um den Leuten ein ausreichendes Einkommen zu gewährleisten.“

Wesentliche Punkte fehlten in dem Gesetz, sagte Bammert: „Man ist nicht weitergekommen in Richtung Gleichbezahlung, und das Synchronisationsverbot fehlt, das Leiharbeitsverträge ausschließt, die sich nur auf die vorgesehene Einsatzzeit erstrecken.“ Bis Dezember muss Deutschland die EU-Richtlinie in geltendes Recht umsetzen.



**Freddy Speth, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender IGBCE Boehringer Ingelheim, Betriebsrat und Vorsitzender des -Vertrauensleutenvorstands bei Boehringer Ingelheim, Hubert Bammert, und MdB Martin Gerster (v. l.)**

Biberach, den 1. Februar 2011  
Wolfgang Heinzl, Büroleiter  
Bürgerbüro Biberach

### MdB Gerster erhält Antwort zum Neubau der B 32

## **Bund trägt Kosten einer höheren Eisenbahnbrücke**

BAD SAULGAU (zel) - Die Eisenbahnbrücke in Bad Saulgau an der B 32 wird nötigenfalls auf Kosten des Bundes anders gebaut. Diese Zusage hat der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete und Betreuungsabgeordnete für den Landkreis Sigmaringen, Martin Gerster, jetzt Bundesverkehrsminister Ramsauer abgerungen. Auf Bitten der SPD-Gemeinderatsfraktion um Helga Brey hatte sich der 39-Jährige an den Minister gewandt. „Ziel ist, die neue Eisenbahnbrücke über die Bahnlinie Bad Saulgau – Aulendorf so zu gestalten dass eine spätere Elektrifizierung der Bahnstrecke problemlos möglich ist.“ Ein später erforderlicher Umbau wäre laut Gerster Steuerverschwendung par excellence und eine Vernachlässigung des ländlichen Raums.

In der Antwort des Staatssekretärs Ferlemann heißt es, dass im Generalverkehrswegeplan des Landes sei die „Elektrifizierung der Zollernalbbahn als vorrangige Maßnahme aufgeführt“. Die Deutsche Bahn AG sei gebeten worden, dies bei ihren Planungen zu berücksichtigen. „Wenn die voraussehbare Verkehrsentwicklung hierzu Veranlassung gibt“, würde eine höhere Brücke die Zustimmung des Ministeriums finden, schreibt der Staatssekretär weiter. Das Land untersuche derzeit die Wirtschaftlichkeit und habe dann vor, die Elektrifizierung der Bahnstrecke für den Bundesanteil im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz anzumelden. Die Planung enthalte „die Überführung einer neuen Straße in der Baulast des Bundes“ über die Bahnstrecke.

„Wir als SPD-Gemeinderatsfraktion finden die Einsicht des Bundesverkehrsministeriums Anerkennenswert, dass ein Schildbürgerstreich beim Brückenbau im Zuge der Bad Saulgauer Ortsumfahrung der Sache nicht dienlich wäre“, so Vorsitzende Helga Brey. MdB Gerster freute sich: „Es gibt jetzt eine schriftliche Zusage, dass, wenn nötig, auf Kosten des Bundes anders gebaut wird.“ Er sieht der weiteren Entwicklung zuversichtlich entgegen: „Wir dürfen jetzt nicht nachlassen in unserem Bestreben, einer unvernünftigen Planung mit dem möglichen Bau einer zu niedrigen Brücke und damit der Geldverschwendung einen Riegel vorzuschieben.“

**Biberach, den 10. Februar 2011    Wolfgang Heintel,  
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**



**SPD Baden-Württemberg**  
[www.WarumSPD.de](http://www.WarumSPD.de)

## **Thorsten Schäfer-Gümbel in Laupheim**

Der Landesvorsitzende und Fraktionschef der SPD in Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel, hat zusammen mit Franz Lemli in Laupheim zur Zukunft des ländlichen Raums gesprochen.

Ungefähr 25 Personen hatten sich im Laupheimer Café Milch & Zucker in gemütlicher Atmosphäre zusammengesetzt und unter dem Motto „Gute Zukunft für das Land“ diskutiert. Inhaltlich ging es unter anderem um die Anforderungen an die Politik, den Versorgungsansprüchen der Bevölkerung auf dem Land gerecht zu werden, sowie um Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrspolitik.



**von links: Dagmar Neubert-Wirtz, Zweitkandidatin der SPD für den Wahlkreis Biberach, Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD Hessen und Bundesvorstand, Franz Lemli, Landtagskandidat der SPD für den Wahlkreis Biberach.**

Der Landtagskandidat für die SPD im Wahlkreis Biberach, Franz Lemli, begrüßte den hessischen Politiker und die weiteren Anwesenden, insbeson-

dere den Biberacher Bundestagsabgeordneten Martin Gerster. Zu Beginn holte Lemli thematisch weit aus, um dem Besucher einen detaillierten Überblick über die Situation im Landkreis zu vermitteln. Er schloss dabei die derzeitige Debatte um die Kreiskrankenhäuser, die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Kreises und die die Bildungslandschaft mit ein. Auch machte er seine Schwerpunkte für die Landtagswahl Ende März deutlich: Bildungs- und Sicherheitspolitik im Land.

Schäfer-Gümbel eröffnete seinen Vortrag mit der Bemerkung, dass er um die Schwierigkeiten des SPD-Wahlkampfes hier im schwarzen Biberach wisse, er sich aber bekanntermaßen mit schwierigen Wahlkämpfen auskenne. Zum Thema ländlicher Raum sagte Schäfer-Gümbel, dass gerade den Kommunalpolitikern eine besondere Bedeutung zufalle, die jedoch oft unterschätzt werde. „Oft sind es nur noch Sportverein und Freiwillige Feuerwehr, die die einzige Infrastruktur eines Dorfes darstellen“, so Schäfer-Gümbel. Dem müsse von politischer Seite entgegengewirkt werden. Er, der selbst Kommunalpolitiker ist, weiß: „Die Hälfte der Hessen lebt auf dem Dorf. Da braucht der ländliche Raum die Aufmerksamkeit der Politik.“ Die SPD habe den Anspruch, für gleichwertige Lebensbedingungen auf dem Land wie im Ballungszentrum zu sorgen. Dies ist nur möglich, wenn differenzierte Strategien zur Versorgungsgewährleistung entwickelt werden.

Gegensteuern ließe sich durch lokale Zusammenschlüsse verschiedener Dienstleister, die sich Infrastruktur teilen und so die Versorgung in der Fläche gewährleisten können. Solche Pilotprojekte müssen vom Land gefördert werden, da in Hessen 95 Prozent der Kommunen mit Haushaltsdefiziten und Abwanderungen bis zu 40 Prozent zu kämpfen haben. „Aus ländlichen Räumen dürfen keine Leerräume werden“, so Schäfer-Gümbel.

Im Dialog mit den anwesenden Bürgern war besonders die Gesundheitsfrage im Kreis im Fokus. „Eine dezentrale und flächendeckende Gesundheitsversorgung ist auch mit positiver betriebswirtschaftlicher Bilanz möglich“, so Schäfer-Gümbel, dafür seien jedoch Kooperationen und Zusammenschlüsse unabdingbar. Wichtig sei auch, dass mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Arztberuf getan werde, um die Ärztedichte in der Fläche zu erhöhen.

**zum 10. Februar 2011**

**Matthias Schwär**

**BayernSPD**  
**SPD Kreisverband Lindau**

**67 Millionen der Landesbank für  
Formel-1-Chef:**

# **SPD lässt nicht locker und fordert Aufklärung des bayerischen Finanzministers**

## **Harald Güller im heutigen Schreiben:**

### **Fahrenschon muss SPD-Fragen bis 21. Februar beantworten**

Der stellvertretende Vorsitzende des HGAA-Untersuchungsausschusses, Harald Güller, fordert in einem heutigen Schreiben Staatsminister Fahrenschon auf, binnen einer Woche bis zum 21. Februar Fragen im Zusammenhang mit der Verhaftung des ehemaligen Vorstandsmitglieds der BayernLB, Gerhard Gribkowsky zu beantworten. „Gerade nach der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung von diesem Wochenende ‚Gribkowskys Geld soll von der BayernLB stammen‘ hält es die SPD-Fraktion für unabdingbar, dass Sie unsere Fragen umfassend und vollständig beantworten,“ so der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.

Er erinnert Fahrenschon daran, dass er bereits zum Plenum des Bayerischen Landtags vom 25. Januar der Staatsregierung zusammen mit 15 weiteren Abgeordneten der SPD-Fraktion Anfragen zu Gribkowsky, gestellt habe. Im Kern geht es bei den Fragen immer um Kenntnisstand und Beteiligung von Mitgliedern der Staatsregierung, insbesondere derjenigen, die Verwaltungsräte der BayernLB waren, im Zusammenhang mit der Insolvenz der Kirch-Gruppe und dem Verkauf der Formel 1 Rechte durch die BayernLB.

Güller: „Die Fragen und das, was Sie „Antwort“ nennen, ist nachzulesen in der Landtags-Drucksache 16/7031. Ihre meist nur ausweichenden Antworten lassen sich in zwei Kategorien zusammenfassen: 1. Antworten, in denen Sie darauf verweisen, dass die Zeit für die Befragung ehemaliger Mitglieder der Staatsregierung nicht ausreichend war. Und 2. Antworten, in denen Sie sich auf den „Kernbereich der Exekutive“ bzw. auf die Vertraulichkeit der Sitzungen des Verwaltungsrats der BayernLB berufen und daher den Mitgliedern des Parlaments schlichtweg jede Information verweigern. Nachdem seit unseren Anfragen nunmehr fast drei Wochen vergangen sind, sollte es Ihnen möglich gewesen sein, die notwendigen Erkundigungen bei den derzeitigen und früheren Mitgliedern der Staatsregierung eingeholt zu haben. Ich fordere Sie daher auf, die von uns gestellten Fragen nunmehr binnen einer Woche bis zum 21. Februar zu beantworten.“

Zusätzlich will Güller Auskunft darüber, ob und gegebenenfalls welche Mitglieder der Staatsregierung Kenntnis von angeblichen Zahlungen der BayernLB an Bernie Ecclestone oder eine seiner

Firmen hatten, und ob solche Zahlungen Gegenstand von Beratungen des Verwaltungsrats der BayernLB waren. „Parlament und auch die Öffentlichkeit haben Anspruch darauf zu erfahren, ob und inwieweit Mitglieder der bayerischen Staatsregierung in die offenbar kriminellen Vorgänge rund um den Verkauf der Formel 1 Rechte verwickelt waren, und wie ihr jeweiliger Kenntnisstand war,“ so der SPD-Geschäftsführer.

Sollten einzelne Antworten schützenswerte Interessen Dritter betreffen, dann könnten dies auch in einer als geheim eingestuften Sitzung des Haushaltsausschusses beantwortet werden, so Güller: „Sollten Sie jedoch weiterhin bei ihrer Strategie der ausweichenden ‚Antworten‘ bleiben, so können Sie sich sicher sein, dass die SPD-Landtagsfraktion nicht locker lassen wird und alle notwendigen parlamentarischen Schritte in die Wege leiten wird, um informiert zu werden.“

**13. Feb 2011 BayernSPD-Landtagsfraktion Presse**

## **Dr. Paul Wengert, MdL**

### **AUS MEINEN BETREUUNGSSTIMMKREISEN**

## **1. SPD-Energiekonferenz Allgäu ein voller Erfolg**

Im Mittelpunkt der ersten Allgäuer SPD-Energiekonferenz, die vom Füssener SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Paul Wengert initiiert und organisiert wurde, stand die Frage nach der Möglichkeit, das gesamte Allgäu allein mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Die aus unterschiedlichen Bereichen kommenden Experten beantworteten diese zentrale Frage einhellig positiv.

Alfons Renn, Gründer der Firma „Rennergy“ in Buchenberg, wies darauf hin, dass die fossilen Energieträger (Öl, Gas, Kohle) genauso wie Uran endlich sind. Auch Dr. Wolfgang Seeliger von der Firma „Centrotherm photovoltaics“ in Blaubeuren, gab sich überzeugt, dass ein energieautarkes Allgäu in die Realität umgesetzt wird: „Die erneuerbaren Energien sind der Schlüssel dazu, dass die Strompreise zukünftig relativ niedrig gehalten werden können“.

Überdies dürften sich die Kommunen und Verbraucher nicht von den vier großen Energieversorgern „am Nasenring führen lassen“.

In seinem Plädoyer forderte Michael Lucke, Geschäftsführer des „Allgäuer Überlandwerks“ (AÜW), zunächst in einem ungewohnten Zeitmaßstab zu denken: „In 500 Wochen können wir das energieautarke Allgäu schaffen“, so Lucke. Entscheidend dafür sei die Zusammenschaltung von mehreren kleinen, dezentralen Kraftwerken mit Hilfe von intelligenten Netzen. In diese Richtung hatte in seinem Eingangsstatement auch Dr. Wen-



gert gewiesen, als er die Perspektive eines „Internets der Energie“ postulierte. Ebenso müsse im Allgäu aber die „Vermaischung der Landschaft“ zur Gewinnung von Biosprit vermieden werden.

Für den umweltpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ludwig Wörner, ist es unumgänglich, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr miteinander über Energiefragen reden. Beispielsweise durch gemeinsam betriebene Blockheizkraftwerke oder Solaranlagen sei es dann rasch möglich, „miteinander Geld zu verdienen“.

Dr. Wolfgang Seeliger fand vor über zehn Jahren den Weg zu den erneuerbaren Energien auch nicht aus ökologischem Idealismus, sondern aus der Überzeugung heraus, dass darin ökonomisch die Zukunft liegt. Der Elektrochemiker propagiert ein Kombinationskraftwerk, das aus den Elementen Windkraft, Biogas und Solaranlagen besteht; als Energiespeicher soll dabei Wasserstoff fungieren. Dieses könne dabei direkt genutzt werden: das noch bis in die siebziger Jahre hinein verwandte „Stadtgas“ war auch eine Mischung aus Methan und Wasserstoff, so Dr. Seeliger. Mit einem solchen Kombinationskraftwerk könne der jeweilige Betreiber dann ca. 70 € pro eingespeister Megawattstunde Erlösen, in Spitzenlastzeiten sogar 85 bis 90 €.

Alfons Renn ist es ein Anliegen, dass dem Aspekt der Wärmenutzung mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. So sei es mit Hilfe seines Knowhows vor Weihnachten gelungen, einen Weiler bei Leutkirch bereits jetzt energieautark zu machen.

Für eine stärkere Beachtung des Wärmesektors sprach sich auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Bärbel Kofler, Mitglied des Umweltausschusses, aus. Sie forderte, die Investitionen im Wärmebereich heizkostenneutral zu gestalten und bei den erneuerbaren Energien die richtigen Weichenstellungen zu setzen. Alfons Renn bemängelte hingegen, dass es in den vergangenen zehn Jahren keine stabile Förderpolitik für die erneuerbaren Energien gegeben habe: „Verlässlichkeit ist wichtig für den Bürger, damit er investieren kann“, so Renn. Abschließend wies der Photovoltaikspezialist Dr. Seeliger darauf hin, dass dem „solaren Bauen“ mehr Beachtung geschenkt werden müsse, denn „die eingesparte Energie ist die billigste Energie“.

Dr. Paul Wengert, der den Diskussionsabend im vollbesetzten Kleinen Kornhaussaal in Kempten moderierte, kündigte an, dieses wichtige Thema weiter fortzuführen. Nach Möglichkeit soll bereits im kommenden Jahr die 2. SPD-Energiekonferenz Allgäu stattfinden.

Aus: Newsletter

Ausgabe 20 / Februar 2011  
Dr. Paul Wengert, MdL

**SPD Kreis Ulm**  
**MdB Hilde Mattheis**

## **Wohnungsbau ist nicht nur Aufgabe der Stadt!**

Das Land ist beim Wohnungsbau in der Pflicht! Die SPD Bundestagsabgeordnete Mattheis fordern, das Land dürfe die Kommunen bei der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus nicht allein lassen. Baden-Württemberg sei leider unter den Bundesländern unrühmliches Schlusslicht, was die Förderung sozialen Wohnraums angeht

Ulm wird einer der wenigen Regionen in Deutschland sein, die in den kommenden Jahren EinwohnerInnen zulegen wird, daher legten diese Woche die Stadtplanung und die Liegenschaftsverwaltung die Wege für den Wohnungsbau in Ulm fest.

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete und stellv. SPD-Landesvorsitzende Hilde Mattheis stellt fest: „Die Stadt befindet sich auf dem richtigen Weg, denn sie will z.B. jungen Familien bezahlbaren Wohnraum bieten. Allerdings fordert die SPD und Gewerkschaften gemeinsam mit den Sozialverbänden in Baden-Württemberg seit Jahren die schwarz-gelbe Landesregierung auf, den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Baden-Württemberg darf sich nicht weiterhin auf dem Rücken der Kommunen zurückhalten.“

Die SPD verabschiedete am vergangenen Wochenende auf ihrem Landesparteitag in Stuttgart ihr Regierungsprogramm. In diesem macht sie klar, dass sie im Fall einer Regierungsbeteiligung sie den sozialen Wohnungsbau im Land massiv ausbauen werde.

Mattheis: „Wir werden die Wohnraumforderung des Landes von knapp 50 auf 100 Millionen Euro im Land verdoppeln. Ein Großteil der Mittel wird in die Forderung des Mietwohnungsbaus fließen, insbesondere in den Großstädten und Hochschulstädten“

Zum 28. Januar 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

*Zu der heutigen namentlichen Abstimmung über ein neues Bundeswehrmandat im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:*

## **Ohne konkreten Abzugsplan keine Zustimmung zum Mandat!**

Dem vorliegenden Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan werde ich nicht zustimmen. Das heute vom Bundestag verabschiedete Mandat beinhaltet keinen klaren Abzugsplan. Im Gegenteil: Die Regierung und Verteidigungsminister zu Guttenberg drücken sich vor klaren Aussagen.

Die nächsten Schritte zu einer Übergabe in afghanische Sicherheitsverantwortung und die Vorbereitung der Truppenreduzierung müssen, wie bereits letztes Jahr beschlossen, endlich angegangen werden. Das Mandat jedes Jahr um ein weiteres zu verlängern, ohne dass endlich ein Ende benannt wird, ist nicht mehr länger hinnehmbar.

29.01.2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Verlängerung Afghanistan Einsatz der Bundeswehr 2011**

### **Argumente:**

#### **Meine Argumente gegen die Verlängerung des Mandats 2011:**

- Es gibt im Antrag 2011 keinen klaren Fahrplan zur Beendigung der Beteiligung, sondern nur vage Versprechungen. Die Wahrscheinlichkeit, dass 2011 wirklich substantielle Teile der Truppen abgezogen werden, ist gering. Minister zu Guttenberg selbst ist das Abzugsdatum nach eigenen Aussagen „wurscht“.

- Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich entgegen vielfacher Behauptungen nicht verbessert. Die Zahl der Todesopfer steigt jährlich. Der „Strategiewechsel“ im letzten Jahr hat diesbezüglich keine Wirkung gezeigt.

- Der 2010 von der NATO und der Bundesregierung propagierte „Strategiewechsel“ hin zu zivilen Mitteln und zur Übergabe der Verantwortung an die Afghanen ist zudem nicht glaubhaft: weiterhin wird in Afghanistan vorwiegend militärisch statt zivil agiert. Statt militärischer Mittel muss aber endlich eine politische Lösung gefunden werden.

- Vorfälle, wie der Luftangriff von Kunduz vom 4. September 2009, bei dem mindestens 142 Menschen starben, sind nicht weiter hinnehmbar.

- Die SPD hat sich immer für eine Trennung von Entwicklungszusammenarbeit und Militär eingesetzt. In Afghanistan wird durch die zivil-militärische Zusammenarbeit ziviles und militärisches vermischt. NGO's beklagen, dass sie dadurch ihren neutralen Status verlieren.

Deshalb hat die SPD in ihrem eigenen Entschließungsantrag klares Bekenntnis zum Abzug gefordert (siehe unten).

### **Inhalt:**

1. Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an dem Einsatz der ISAF vom **13.01.2011** (Drucksache 17/4402)

- Mandatsverlängerung bis zum 31. Januar 2012

- Aufgaben der Bundeswehr: Ausbildungs- und Ausrüstungsunterstützung, Stabilisierung, Führungsunterstützung, logistische Unterstützung, Sanitätsaufgaben, Aufklärung und Überwachung, zivil-militärische Zusammenarbeit

- Anwendung von Gewalt (Seite 3, Punkt 7) „ISAF ist autorisiert, alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt zu ergreifen, um das Mandat der Resolution 1943 (2010) durchzusetzen.“

- Einsatz der Bundeswehr in der Region Nord und Kabul mit insgesamt 5350 SoldatInnen

- Kosten: 1,0609 Mrd. Euro

→ kein konkreter Abzugsplan ist enthalten

→ es heißt in der Begründung: „Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage, tatsächlich beherrschen wird abhängig vom Erfolg der Übergabe eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich“

→ weiter heißt es: „Die Bundesregierung ist zuversichtlich (...) die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage dies erlaubt (...)“

#### **2. SPD Entschließungsantrag zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an dem Einsatz der ISAF vom 26.01.2011 (Drucksache 17/4563)**

##### **SPD fordert die Bundesregierung auf:**

- sich klar und ohne Einschränkungen oder Vorbehalte zu der von der NATO formulierten Perspektive für die Beendigung der internationalen Beteiligung an Kampfeinsätzen in Afghanistan bis 2014 bekennen“

- „mit dem Rückzug des deutschen ISAF-Kontingents innerhalb dieses Jahres zu beginnen. Bereits Anfang dieses Jahres muss die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Partner eingeleitet werden. Der deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, dass an diesem Fahrplan festgehalten wird und wird die weitere Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an ISAF vom Beginn der Transition und des Truppenrückzugs in 2011 abhängig machen;“

- Vorlage eines konkreten Fahrplans zum Truppenabzug dieses Jahr, aber bis spätestens zur Afghanistan Konferenz im November 2011 in Bonn

- Fortschreibung der Mittel für den zivilen Aufbau

#### **3. Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an dem Einsatz der ISAF vom 18.11.2009 (Drucksache 17/39)**

- Kontingent von maximal 4500 SoldatInnen

- Strategiewechsel hin zu mehr Verantwortung der Afghanen: Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte und Aufstockung ziviler Mittel
- Einsatz von Tornados wird fortgeführt

**4. SPD Entschließungsantrag zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an dem Einsatz der ISAF vom 01.12.2009 (Drucksache 17/127)**

- SPD fordert Bundesregierung auf:
  - Bericht über Erfolge in Afghanistan vorzulegen
  - Aufbau der Armee und Polizei voranzutreiben
  - Konzept „über Art, Dauer, Umfang und Beendigung der deutschen ISAF-Beteiligung“ vorzulegen (Seite 4, Punkt 4)
- 29. 01.2011** **Büro Hilde Mattheis, MdB**

## **Es darf in der Pflege keine 2-Klassen geben**

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis trafen sich Fachleute der Region aus dem Gesundheits- und Pflegebereich sowie Interessierte zu einem offenen Dialog zur aktuellen Gesundheits- und Pflegepolitik. Hierzu lädt die Ulmer Abgeordnete regelmäßig ein.

Im Mittelpunkt der Gesprächsrunde stand die aktuelle Reform der Pflegeversicherung und die nötigen Veränderungen im Bereich der Pflege. Die ExpertInnen waren sich darin einig, dass eine Verzahnung von ambulanter und stationärer Pflege in Zukunft wichtiger denn je sei und die Beteiligung der Kommunen am Ausbau der Infrastruktur die richtige Antwort auf den demografischen Wandel sei. Die Kommunen müssten den Schwerpunkt auf den Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Versorgungsstrukturen legen. „Der Ausbau kommunaler Strukturen ist ebenso wie der Ausbau der Kinderbetreuung ein wesentlicher Standortfaktor für die Attraktivität der Kommunen“, so Hilde Mattheis.

Zudem müsste die Grundlage aller Reformschritte die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes sein. Auch darin unterstützten die Anwesenden die von Hilde Mattheis vorgetragene Ziele der SPD.

Ein weiteres wichtiges Thema war der gravierende Fachkräftemangel im Bereich der Pflege. Neben einer guten Bezahlung sei die Anerkennung der Leistungen der Pflegenden zentraler Punkt.

Ein klarer Appell ging auch an die Träger von Einrichtungen. Diese sollten mit guten Arbeitsbedingungen ihren Teil für ein längeres Verbleiben im Beruf leisten.

**Zum 01.02.2011** **Büro Hilde Mattheis, MdB**

## **Das Scheitern der Regelsatz-Verhandlungen ist ein Skandal**

### **Zum Scheitern der Verhandlungen über eine verfassungskonforme Ausgestaltung der Regelsätze erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:**

Die Verhandlungen sind an der Zerrissenheit der schwarz-gelben Koalition gescheitert. FDP und CDU-Wirtschaftsflügel waren aus ideologischen Gründen nicht bereit, eine angemessene Regelsatz-Erhöpfung mitzutragen. Frau Merkel hat sich für den Koalitionsfrieden und gegen staatspolitische Verantwortung entschieden.

Eine Einigung im Vermittlungsverfahren zum SGB II ist auch daran gescheitert, dass die schwarz-gelbe Koalition den Kommunen eine ausreichende Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets verweigert. Die SPD hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass die Kommunen das Bildungs- und Teilhabepaket umsetzen, um die vielfältigen kommunalen Teilhabemaßnahmen zu sichern.

Gleichzeitig hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass die Kommunen die Ihnen dadurch entstehenden Kosten gegenüber dem Bund direkt abrechnen können (Ist-Kosten-Abrechnung). Der hierfür von mehreren Verfassungsrechtlern unterstützte Weg nach Art. 91e Grundgesetz wurde auch von den beiden gemeindlichen Kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich begrüßt. Dieser gesicherte Finanzierungsweg ist von der schwarz-gelben Koalition abgelehnt worden.

Die SPD, im Bund und in den Kommunen, bleibt bei ihren Forderungen nach einer ausreichenden Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets über eine Ist-Kosten-Abrechnung für die Kommunen. Unabhängig davon sind die Kommunen dringend durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund zu entlasten, und zwar ohne Bedingungen zu anderen Sachverhalten. Diese Forderungen sind heute noch einmal von der A-Seite in den Vermittlungsausschuss eingebracht worden

Das Scheitern der Regelsatz-Verhandlungen ist ein Skandal. Schon zu Verhandlungsbeginn zeigte sich, dass es der Regierung nicht um ernsthafte Verhandlungen ging, sondern nur um ein „Friss oder Stirb“. Die SPD hatte bis zuletzt erhebliche Zweifel, ob die neue Regelsatzberechnung verfassungskonform ist. Einem erneut verfassungswidrigen Regelsatz konnte die SPD auf keinen Fall zustimmen. Doch Schwarz -Gelb war nicht bereit, überhaupt noch über verfassungskonforme Regelsätze zu diskutieren.

Die SPD hat ihre Forderungen während der Verhandlungen erheblich eingedampft. Um eine sachgerechte Reform des SGB II zu erreichen, sind jedoch drei Positionen unerlässlich:

- Die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem SGB II müssen verfassungskonform berechnet werden. Dies war bisher nicht der Fall. Die Rechenricks der Bundesregierung müssen geheilt werden.

- Wir brauchen mehr Schulsozialarbeiter. Die Teilhabe von Kindern im Bildungssystem hängt nicht nur von Geldleistungen ab, sondern von individueller Betreuung und Zuwendung, um herkunftsbedingte Defizite abzubauen.

- Wir brauchen den Mindestlohn in der Leiharbeit, um den Lohnabstand zwischen Transferleistungen und Arbeitslöhnen zu sichern. 500 Mio. Euro werden jedes Jahr ausgegeben, weil Armutslöhne in der Leiharbeit nicht zum Leben reichen. „Equal Pay“ in der Leiharbeit muss nach vier Wochen Einarbeitungszeit gelten, damit endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird.

Und es bleibt dabei: Die SPD, im Bund, in den Ländern und den Kommunen, wollen die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer.

**zum 10. Februar 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB**

### **Brief von MdB Thomas Oppermann:**

## **Ergebnisse Hartz IV in Bundestag und Bundesrat**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD konnte sich heute in dem Streit um die Zukunft des Hartz IV Paketes durchsetzen.

Schwarz-Gelb ist es nicht gelungen, ihre einseitigen Vorstellungen im Bundesrat zu verabschieden. Stattdessen hat der Bundesrat auf Initiative von Kurt Beck mit den Stimmen aller Länder erneut den Vermittlungsausschuss angerufen.

Rot-Grün hat die Bundesregierung damit zurück an den Verhandlungstisch gezwungen. Die SPD bleibt offen für Kompromisse und will im Interesse der Betroffenen jetzt möglichst schnell eine Lösung erreichen.

Wie heute Morgen in der Fraktionssitzung verabredet schicke ich Euch anbei:

- die großartige Rede von Manuela Schwesig im Deutschen Bundestag,

- den erfolgreichen Antrag von Rheinland-Pfalz und NRW auf Anrufung des Vermittlungsausschuss aus dem Bundesrat,

- eine politische Zusammenfassung der Planungsgruppe.

Mit freundlichen Grüßen,



POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011  
BERLIN TELEFON (030) 227-733 94 / 733 94  
TELEFAX (030) 227-764 07

**E-MAIL**

**[THOMAS.OPPERMANN@SPDFRAKTION.DE](mailto:THOMAS.OPPERMANN@SPDFRAKTION.DE)**

**Rede der Ministerin für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, für die Sitzung des Bundestages am 11.02.2011 zur Reform SGB II und XII:**

### **- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -**

Sehr geehrter Herr Präsident/Präsidentin,  
sehr geehrte Herren und Damen Abgeordnete,

vor genau einem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht der Politik den Auftrag erteilt, neue Weichen in der Sozialpolitik zu stellen. Es geht darum, Kindern und Erwachsenen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu garantieren.

Das heißt für uns:

- Alle Kinder und Jugendlichen müssen die gleichen Chancen auf Bildung und Teilhabe haben.
- Menschen, die arbeiten, müssen auch von ihrem Lohn leben können.
- Wer keine Arbeit hat, den müssen wir als solidarische Gemeinschaft angemessen unterstützen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts war eine Klatsche für die Politik. Aber vor allem war es eine große Chance, wirklich einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik einzuleiten. Es geht eben nicht allein um Almosen. Es geht um die Befähigung der Menschen und darum, ihnen einen Weg zu bereiten, so schnell wie möglich ohne Geld vom Staat auszukommen.

Das war ein großes Urteil, das auch eine große Antwort braucht. Das Klein-Klein, das Sie, Frau von der Leyen, vorgelegt haben, war genau das Gegenteil.

Viele Leute ärgern sich zu Recht, dass nach einem Jahr immer noch kein gutes Gesetz in Kraft ist. Sie, Frau von der Leyen, haben zehn Monate gebraucht, um überhaupt erst einmal einen Entwurf auf den Tisch zu legen. Obwohl sie seit Mai 2010 wussten, dass Sie auf unsere Stimmen im Bundesrat angewiesen sind, haben Sie keinen Schritt auf uns zugebracht. Sie haben die Zeit verplempert mit Ihrer Chipkarten-Show, mit viel Schein und wenig Sein.

Obwohl wir der Meinung waren, dass Ihr Vorschlag weit hinter den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts zurückblieb, haben wir die Verantwortung angenommen, ihn zu verbessern. Wir haben sieben Wochen verhandelt. Wir waren in dieser Woche ganz nah beieinander. Es war manchmal anstrengend, aber wir sind weit vorangekommen. Und ich meine, wir hätten es mit einem letzten Ruck schaffen können. Doch plötzlich kam von Ihnen STOPP, Abbruch, fertig. So geht das nicht unter Demokraten!

Wir wollen ein Ergebnis – und zwar so schnell wie möglich. Deshalb wird Rheinland-Pfalz gleich mit Unterstützung von Sachsen-Anhalt im Bundesrat

einen Antrag auf erneute Anrufung des Vermittlungsausschusses stellen. So wie wir schon Dienstag Nacht gesagt haben, lasst uns weiterverhandeln, sagen wir das heute wieder.

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten die Verhandlungen überfrachtet. Der Mindestlohn hätte nichts mit dem Urteil zu tun. Genau das Gegenteil ist der Fall. Mit unseren Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ gehen wir den Kern des Problems an. Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass 1,4 Millionen Menschen zur Arbeit gehen und trotzdem Geld vom Staat benötigen. Weil leider immer mehr Unternehmen in diesem Land Billiglöhne bezahlen, muss die Solidargemeinschaft 11 Milliarden Euro jährlich aufbringen. Dagegen müssten Sie, Frau von der Leyen, als Bundesarbeitsministerin doch eigentlich auch kämpfen. Aber an dieser Stelle habe Sie versagt.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leih- und Zeitarbeit. Wir wollen nicht die Branche insgesamt in Frage stellen. Aber wir Sozialdemokraten haben dazu gelernt. Flexibilität für die Unternehmen ja, aber nicht zulasten von Arbeitnehmerrechten. Und das betrifft gerade viele Frauen. Es ist schon peinlich genug für Sie, dass die Bundeskanzlerin Sie bei der Frauenquote in den Senkel gestellt hat. Noch viel schlimmer ist es aber, dass Sie beim Thema „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ den Frauen in den Rücken gefallen sind.

Doch nun zum Kernpunkt: Wir sind uns einig, dass wir am meisten für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen tun können, wenn wir sie in Kitas und Schulen besser unterstützen. Sie sollen in den Schwimmverein gehen können, Flöte lernen oder sich für den Naturschutz engagieren. Das wird am besten vor Ort organisiert. Und deswegen ist es richtig, dass die Kommunen das Bildungs- und Teilhabepaket umsetzen. Auch wenn es fünf Wochen gedauert hat: Es ist gut, dass wir Sie davon überzeugen konnten.

Aber eines muss dabei doch ganz klar sein: Die Kommunen dürfen bei dieser Lösung nicht auf den Kosten sitzenbleiben. Das Bildungspaket ist aus Sicht der Kommunen mit 600 Millionen unterfinanziert. Und auch für eine echte Ist-Kostenabrechnung der Kommunen und Länder mit dem Bund liegt noch keine 100-prozentige Lösung vor. Hier muss der Grundsatz gelten: Wer die Rechnung bestellt, muss sie auch bezahlen. Und erst Recht für Sie, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, die mit ihrer Steuerreform die Kommunen gerade erst 2010 empfindlich geschöpft haben.

Richtig ist, dass auch Kinder von Geringverdienern in den Genuss des Bildungspakets kommen. Das wollten wir von Anfang an – und ich bin froh, dass auch Sie das endlich eingesehen haben. Falsch ist aber, dass Sie sich nicht darum kümmern wollen,

wie die Kinder, die wir erreichen wollen, wirklich das Mehr an Bildung und Teilhabe auch bekommen. Dafür brauchen wir bundesweit Jugendsozialarbeiter in den Schulen und Kitas und keine Chipkarte.

Lassen Sie uns doch zumindest in den Brennpunkten beginnen. Denn 50 Prozent der so genannten Problemschüler finden wir in 10 Prozent der Schulen. Hier müssen wir einen Einstieg schaffen. Uns geht es eben nicht darum, kleine Bildungspäckchen für einzelne Familien zu packen. Uns geht es eigentlich um ein großes Bildungspaket für eine wirkliche Bildungsrepublik, Frau Merkel. Es war die SPD, die diesen Paradigmenwechsel begonnen hat. Wir haben 4 Milliarden Euro für ein Ganztagschulprogramm investiert. Wir haben 4 Milliarden für den Krippenausbau bereitgestellt. Und diese Bundesregierung noch rein gar nichts für die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur getan hat.

Und ja, uns geht es auch um den Regelsatz. Zahlreiche Fachleute bis hin zu renommierten Sozialrichtern haben massive Bedenken zu Ihren Berechnungen der neuen Regelsätze zu Protokoll gegeben. Diese Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit kann man doch nicht einfach stur vom Tisch wischen! Wir sprechen hier nicht über Almosen und schon gar nicht über spätrömische Dekadenz, sondern über einen Rechtsanspruch, den das höchste Gericht eindeutig formuliert hat.

Am Ende noch eine Bemerkung zu Ihrem Kommunalpaket: Die Kommunen müssen finanziell entlastet werden. Ihr Vorschlag, die Grundsicherung im Alter stufenweise auf den Bund zu übertragen, ist richtig. Wir haben das schon lange gefordert. Endlich haben auch Sie begriffen, dass dies nicht mit Abstrichen bei der Gewerbesteuer und zusätzlichen kommunalen Einkommenssteuer verknüpft werden darf. Aber verkaufen Sie Ihre Milliarden nicht als die größte Wohltat aller Zeiten. Denn gleichzeitig sollen die Kommunen auf Milliarden-Forderungen bei den Kosten der Unterkunft verzichten. Im Gegenzug kommt mit dem Bildungspaket eine neue Aufgabe auf sie zu, die noch nicht hundertprozentig ausfinanziert ist. Dieser Vorschlag, den Sie da ins Scheinwerferlicht gerückt haben, wirft einen langen Schatten.

Wir haben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gelernt. Wir machen keine faulen Kompromisse. Wir glauben aber, dass wir es schaffen können, gemeinsam noch zu einer guten Lösung zu finden. Zu einer Lösung, bei der wir alle unsere Glaubwürdigkeit nicht verlieren. Wir stehen weiter zu unserer Verantwortung. Ich lade Sie deshalb ein: Kehren Sie zum Verhandlungstisch zurück, so schnell wie möglich!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Übermittelt durch Hilde Mattheis, MdB**

## Newsletter SPD-Landtagsfraktion Ba-WÜ

hier die Themen unseres aktuellen Newsletters:

- [EnBW-Deal: Spitzenkandidat Schmid fordert von Mappus Entschuldigung wegen Lüge](#)
- [Polizeieinsatz im Schlossgarten: Mappus trägt politische Verantwortung für Eskalation](#)
- [Tariftreuegesetz: Wettbewerb um öffentliche Aufträge an Mindestlöhne binden](#)
- [Universitätsmedizin: Statt doppelte Integration bestehende Kooperation optimieren](#)
- [Argumente 2011: Positionen der SPD-Fraktion zu zentralen landespolitischen Themen](#)
- [Impressum](#)

### EnBW-Deal: Nils Schmid fordert von Mappus Entschuldigung wegen Lüge



In einer aktuellen Debatte im Landtag hat SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid von Ministerpräsident Mappus erneut eine Entschuldigung wegen seiner Lüge bei der Abwicklung des EnBW-Geschäfts verlangt. Der Regierungschef hatte behauptet, vor Vertragsabschluss sei ein rechtliches Gutachten eingeholt worden. Es stellte sich jedoch heraus, dass die ohnehin dünne schriftliche Ausarbeitung erst Tage später vorlag. Schmid appellierte an Mappus, sein Fehlverhalten einzugestehen und sich zu entschuldigen.

[Pressemitteilung vom 31.01.2011: Landesregierung verstrickt sich in Falschaussagen](#)

[Pressemitteilung vom 01.02.2011: Reaktion von Mappus auf Vorwürfe ist entlarvend](#)

### Polizeieinsatz im Schlossgarten: Mappus trägt politische Verantwortung



SPD und Grüne kommen in ihrer Bewertung zum Ergebnis, dass Ministerpräsident Mappus die politische Verantwortung für den völlig aus dem Ruder gelaufenen Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Schlossgarten trägt. „Mappus hat die Polizei durch die Terminierung seiner Regierungserklärung und durch seinen auf Konfrontation mit den S21-Gegnern angelegten Kurs unter Druck gesetzt“, erklärte SPD-Obmann Andreas Stoch in der abschließenden Beratung der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses im Landtag.

[Gemeinsame Beschlussempfehlungen der Ausschussmitglieder von SPD und Grünen](#)

[Abweichende Bewertung von SPD und Grünen \(59 Seiten\)](#)

[Pressemitteilung vom 26.01.2011 zum gemeinsamen Votum von SPD und Grünen](#)

### Tariftreuegesetz: Öffentliche Aufträge an Mindestlöhne binden



Lohndumping durch Auswüchse beim Wettbewerb um öffentliche Aufträge will die SPD-Landtagsfraktion nicht länger hinnehmen. Sie hat deshalb ein Tariftreuegesetz für öffentliche Aufträge in den Landtag eingebracht. "Das Tariftreuegesetz soll Verzerrungen im Wettbewerb entgegenwirken, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen", unterstrich der SPD-Arbeitsmarktexperte Rudolf Hausmann. Ziel ist es auch, Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme zu mildern.

[Entwurf der SPD-Fraktion für ein Tariftreuegesetz](#)

[Pressemitteilung vom 12.01.2011 zum Tariftreuegesetz](#)

## Universitätsmedizin: Statt doppelte Integration Kooperation optimieren



Gemeinsam mit den Grünen hat die SPD eine Entschließung eingebracht, um das verfehlte Universitätsmedizingesetz der Landesregierung zu stoppen. "Warum gegen jeden besseren Rat mit einem „doppelten Integrationsmodell“ neue Strukturen geschaffen werden sollen, die mit vielen Nachteilen behaftet sind und den bisherigen Erfolg der Uniklinika gefährden, anstatt das bestehende erfolgreiche Kooperationsmodell weiterzuentwickeln, versteht niemand", kritisierte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel.

[Entschließungsantrag von SPD und Grünen zum Universitätsmedizingesetz](#)  
[Facebook-Portal zur Verhinderung des geplanten Universitätsmedizingesetzes](#)

## Argumente 2011: Position der SPD-Fraktion zu landespolitischen Themen



Einmal pro Legislaturperiode veröffentlicht die SPD-Landtagsfraktion ein größeres Werk. Argumente 2011 können nun auch im Internet abgerufen werden. "Entlang verschiedener Politikfelder wird die Position der SPD-Fraktion zu einzelnen Themen dargelegt und Kritik an der Arbeit der CDU/FDP-Landesregierung geübt", beschreibt der Parlamentarische Geschäftsführer Reinhold Gall den Inhalt. Hinweise auf Parlamentsanträge und Ansprechpartner sowie Internettipps runden Argumente 2011 ab.

[Themenhefte von Argumente 2011 zum Download](#)

### Impressum

Verantwortlich: Martin Körner  
Redaktion: Martin Mendler

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart  
<mailto:zentrale@spd.landtag-bw.de>  
[www.spd.landtag-bw.de](http://www.spd.landtag-bw.de)  
[www.facebook.com/spdlandtagbw](http://www.facebook.com/spdlandtagbw)  
[www.twitter.com/spdlandtagbw](http://www.twitter.com/spdlandtagbw)

---

## Pflegende Angehörige wirklich entlasten!

***Zur heutigen Ankündigung von Gesundheitsminister Rösler, pflegende Angehörige stärker unterstützen zu wollen, erklärt Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, SPD:***

Es ist zu begrüßen, dass Herr Rösler pflegende Angehörige stärker unterstützen will. Seine Pläne, den pflegenden Familienmitgliedern Kuren, regelmäßige Rehabilitations- und Präventionsleistungen sowie ein Notfalltelefon anzubieten, können wir als sozialdemokratische Partei nur unterstützen. Pflegende Angehörige können jede Hilfe gebrauchen.

Um pflegende Angehörige jedoch wirklich zu entlasten, sind weitere konkrete Schritte notwendig. Hierzu gehört die kurzzeitige bezahlte Freistellung von bis zu 10 Tagen sowie Lohnersatz für eine 6-monatige Pflegezeit für berufstätige Angehörige. „Wir dürfen die pflegenden Angehörigen nicht allein lassen,“ so Hilde Mattheis, „sie brauchen eine soziale Absicherung während der Pflegezeit.“

14.02.2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

## Einladung

### ***Direkte Demokratie in der Schweiz – ein Beispiel für Baden-Württemberg?***

Liebe Genossinnen und Genossen,

Peter Gubser, Kantonsrat aus Arbon am Bodensee und Vorstandsmitglied der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI), spricht über das seit 1848 erprobte Schweizer Modell einer parlamentarischen Demokratie mit starken plebiszitären Elementen. Gesetzgebung über Parlament und/oder Volksabstimmungen ist für uns ungewohnt, selbstverständlich in der Schweiz.

Montag, 28. Februar 2011, 18.00 - 20 UHR

Hotel Barbarossa, großer Saal  
Obermarkt 8-12, 78462 Konstanz

#### PROGRAMM

18.00 - 18.15 BEGRÜSSUNG UND ERÖFFNUNG

Andreas Raschke, Vertreter der SPD-Linken  
Vorsitzender Kreisverband Schwarzwald-Baar

18.30 - 19.15 STELLUNGNAHMEN

Peter Gubser  
Kantonsrat aus Arbon am Bodensee und  
Vorstandsmitglied der Sozialistischen Bodensee-  
Internationale (SBI)

19.15 - 19.45 SCHLUSSFOLGERUNGEN, DISKUSSION,  
KOMMENTARE

Moderation: Zahide Sarikas, Landtagskandidatin  
in Konstanz

Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg  
Hilde Mattheis MdB • Kristof Becker • Leni Breymaier  
Rita Haller-Haid MdL • Rainer Weitzel  
www.forum-dl21.de • info@forum-dl21.de

Erweiterter Sprecherkreis  
und  
regionale Zuständigkeiten:

#### Nordbaden:

Mannheim, Heidelberg, Rhein-  
Neckar, Neckar-Odenwald  
Mark Fischer

Karlsruhe-Land, Karlsruhe-  
Stadt, Rastatt, Baden-Baden  
Werner Henn

Freudenstadt, Calw, Enzkreis,  
Pforzheim  
Holger Egger

#### Südbaden:

Ortenau, Emmendingen,  
Breisgau-Hochschwarzwald,  
Freiburg, Lörrach, Waldshut  
Ralf Spörkel

Rottweil, Schwarzwald –Baar,  
Tuttlingen, Konstanz  
Andreas Raschke

#### Nordwürttemberg:

Main-Tauber, Hohenlohe,  
Schwäbisch-Hall, Ostalb  
Josef Mischko

Göppingen, Heidenheim,  
Ludwigsburg, Rems-Murr,  
Stuttgart, Böblingen, Esslingen  
Thomas Reiff

#### Südwürttemberg:

Ulm, Alb-Donau, Biberach  
Andrea Schiele

Ravensburg, Bodenseekreis,  
Sigmaringen  
Karl-Heinz König

Zollern-Alb, Reutlingen,  
Tübingen  
Uwe Kaltenmark





# Impressum

## Herausgeber:

**Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)**

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

**Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg**

**Tel.: 07532/313048**

**E-Mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)**

und

**Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren**

**Tel.: 07542/20349**

**E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)**

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

**Britta Erfmann, AsF:**

[asf@spd.de](mailto:asf@spd.de)

**Bundes-SPD (SPD.de):**

[www.spd.de](http://www.spd.de)

[SPD.de](http://SPD.de)

**SPD Presseservice:**

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

**Rainer Vogt:**

[newsdesk@spd.de](mailto:newsdesk@spd.de)

**Evelyne Gebhardt, MdEP:**

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

**Europa Aktuell:**

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

**Büro Peter Simon, MdEP:**

**Dr. Roland Peter,**

[roland.peter@spd.landtag-bw.de](mailto:roland.peter@spd.landtag-bw.de)

**Pressesprecher:**

[norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)

**Norbert Zeller, MdL:**

[wilfried.biester@gmx.de](mailto:wilfried.biester@gmx.de)

**Wilfried Biester:**

[sulzer@sp-sg.ch](mailto:sulzer@sp-sg.ch)

**Dario Sulzer:**

[krizko@sp-sg.ch](mailto:krizko@sp-sg.ch)

**Ariana Krizko:**

[petergubser.arbon@bluewin.ch](mailto:petergubser.arbon@bluewin.ch)

**Peter Gubser:**

[hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at) [www.spoe.at](http://www.spoe.at)

**SPÖ-Express:**

**Alexander Geisler M.A.:**

[martin.gerster@bundestag.de](mailto:martin.gerster@bundestag.de)

**Martin Gerster, MdB:**

[presse@franz-lemli.de](mailto:presse@franz-lemli.de)

**Wolfgang Heinzel:**

[pressemaci@aol.com](mailto:pressemaci@aol.com)

**Matthias Schwär:**

[schwaer@franz-lemli.de](mailto:schwaer@franz-lemli.de)

**BayernSPD-Landtagsfraktion Presse:**

[presse@bavarnspd-landtagsfraktion.de](mailto:presse@bavarnspd-landtagsfraktion.de)

**Dr. Paul Wengert, MdL (BY):**

[paul.wengert@gmx.de](mailto:paul.wengert@gmx.de)

**Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:**

[hilde.mattheis.ma01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:**

[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)

**Thomas Oppermann, MdB:**

[THOMAS.OPPERMANN@SPDFRAKTION.DE](mailto:THOMAS.OPPERMANN@SPDFRAKTION.DE)

**Spd-Landtagsfraktion BW:**

[mailto:zentrale@spd.landtag-bw.de](mailto:mailto:zentrale@spd.landtag-bw.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.  
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)